

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei
in der tschechoslowakischen Republik.

Bezugs-Bedingungen:

Bei Zustellung ins Haus oder
bei Bezug durch die Post:
monatlich Ks 16.—
vierteljährlich 48.—
halbjährlich 98.—
jährlich 192.—

Rückstellung von Manu-
skripten erfolgt nur bei Ein-
sendung der Retourmarken.

Erscheint mit Ausnahme
des Montag täglich 16 Bl.

6. Jahrgang.

Freitag, 12. März 1926.

Nr. 61.

So sprechen Minister!

Für Euch brauchen wir keine Handgranaten, für Euch genügt der Pendrek! Die Worte sagen mehr über Sinn, Denken und Wollen der heutigen Lenker des tschechoslowakischen Staates, aber auch darüber, wie wir regiert werden, als es ein dickleibiges Buch vermöchte. Ein wirklicher Minister, der doch das Feinste und Beste sein müßte, was die tschechische Politik aufzuweisen hat, hat sie gesprochen. Es war der gegenwärtige Leiter des Ministeriums für nationale Verteidigung, Herr Stříbrný, der am Mittwoch im Senat diese artige und manierliche Feststellung, die halb Hohn, halb Drohung ist, gemacht hat. Daß Stříbrný die Volksbezeichnung des „Pendrek“, des Gummiknüttels der staatlichen Polizeiorgane, damit ganz offiziell dem amtlichen Sprachschatz einverleibt hat, ist noch das allermindeste an dem denkwürdigen ministeriellen Ausspruch. Die Rede des Ministers über die Prager Explosionskatastrophe war vom Senat mit fast vollständiger Ruhe angehört worden, obwohl die Erregung über dieses, durch ein Uebermaß von Sorglosigkeit und Leichtfertigkeit herbeigeführte Unglück noch nachzittert und die Ministerrede alles eher brachte, als eine Aufklärung über die Ursachen, und auch nicht verriet, daß allen Möglichkeiten bei der Ermittlung der Schuldigen nachgeforscht wurde, wie selbst ein tschechisch-sozialdemokratischer, also ein Koalitions-Senator bezweifeln mußte. Ein Zwischenruf aus den Reihen der Opposition, wozu denn die Handgranaten in die Koffer genommen wurden, genügte, um Herrn Stříbrný den seine Denkweise so trefflich charakterisierenden Ausspruch in den Mund zu legen: „Für Euch brauchen wir keine Handgranaten, für Euch genügt der Pendrek!“ So spricht ein Minister zu Senatoren, so spricht er auch zu der Bevölkerung, welche die soziale Unterdrückung, die wirtschaftliche Ausplünderung und die nationale Entrechtung, die von der Regierung betrieben wird, nicht mit jener Schafsgeduld hinnehmen wollen, wie sie von den Profosen und Kerkermeistern, die uns schurkeln, als erste und einzige Staatsbürgerpflicht angesehen wird. Für Euch genügt der Pendrek! Das ist beileibe keine Entgehnung, so denken sie alle, die neuen Herren, die uns seit bald acht Jahren beherrschen. Hat nicht erst vor einigen Tagen ein anderer Minister im Abgeordnetenhaus verkündet, wer auf die Straße gehe, um zu demonstrieren, der müsse eben damit rechnen, von der Polizei verhaufen zu werden? Das Idol dieser selben Menschen war früher die nationale und politische Freiheit, heute ist dieses Idol der Pendrek! Dann soll sich nicht jeder Polizist in seinem Machtbewußtsein, in seiner Ueberlegenheit über die Zivilistenfanaille bestärkt fühlen, dann sollen die Polizisten, wie es in Karlsbad geschah, auf der Straße und in den Wachtstuben nicht auf alles loszuschlagen, was ihnen in die Hände fällt!

Eine einzige Verherrlichung des Mißbrauchs der Polizeigewalt und ein einziger Appell an das unentbehrlichste und geheiligte Instrument der tschechoslowakischen Demokratie war auch die am selben Tage im Senat gehaltene Rede des liberalen Innenministers Dr. Rosek über die bekannten Vorfälle in Karlsbad anlässlich der sozialdemokratischen Protestversammlung. So wie Herr Stříbrný alles blindgläubig vorgetragen hatte, was ihm irgendein General über das vollständige Fehlen einer Schuld der Militärverwaltung an der Explosion in der Tischlergasse aufgeschrieben hatte, so glaubensstark trug auch Herr Rosek vor, was die schuldige Karlsbader Polizei als Rechtfertigung der Mißhandlung sozialdemokratischer Demonstranten zu Papier gebracht hat. Ein tschechoslowakischer Minister trübt seinen Intellekt nicht durch einen Zweifel über die Richtigkeit der Angaben der ihm unterliegenden Organe, so lange es gegen proletarische und nationale Staatsfeinde geht. Ein Staatsfeind ist aber jeder, der gegen das gewalttätige und von den Göttern mit Blindheit geschlagene Koalitionsregime aufmüpft oder gar seine Ver-

Gegen die Gewaltpolitik - für die Verständigung der Völker.

Antrag Czech und Genossen auf Einsetzung eines Nationalitätenausschusses. — Nationale Abgrenzung. Kulturelle Autonomie.

Prag, 11. März. Der heutige Parlamentsdebatte sah wohl die gesamte politisch denkende Öffentlichkeit in begreiflicher Erwartung entgegen. Hatte sich doch die Regierung nach vielfachen Winkeln endlich dazu bereit erklärt, vor dem Forum der Volksvertreter Rechenschaft abzulegen über die unglücklichen Sprachverordnungen, die die politische Atmosphäre seit langen Wochen vergiften. In welcher Richtung sich hierbei die Rechtfertigungsversuche der Regierung bewegen würden, war nach den Ausführungen des Justizministers in der letzten Parlamentssession, der die deutschen Beschwerden als „Querulanten“ kurz abtun wollte, wohl schon angedeutet. Aber daß der Sprecher der Regierung, der Innenminister Rosek, auch nicht ein verfühlerndes Wort zu finden, nicht in einer einzigen unverbindlichen Rede die Möglichkeit anzudeuten wußte, es könnte vielleicht auch eine andere, friedlichere Lösung des Sprachensittes am Verhandlungstische gefunden werden, das hat wohl niemand erwartet. Andererseits hatte man alle seine tönenden Phrasen schon so in unzähligen Varianten von den tschechischen Chauvinisten gehört, daß auch diese bewußte Herabsetzung des Herrenstandpunktes niemandem imponieren konnte. Auch der demonstrative Beifall der Koalition konnte nicht über die deprimierte Stimmung hinwegtäuschen, die während Roseks Rede in ihren Reihen platzgriff. Es sollte, wie Genosse Czech später treffend anführte, eine Tragödie für die Opposition werden, doch wurde nur eine Schmierenskomödie der Koalition daraus. Ein Einfühlen in die Psyche des anderen Teiles, ein vorsichtiges Abtasten aller Möglichkeiten, die Sache doch vielleicht anders zu lösen als durch ein Diktat, kennt Herr Rosek nicht. Die Verordnung ist da und so muß sie bis zum letzten Weistrich eingehalten werden, solange die Regierung noch zehn Stimmen über die Hälfte hat. Weiter geht sein Horizont nicht.

So zeigte sich kein Lichtblick auch in der darauffolgenden Debatte, nirgends ein Ausweg aus der zugegebenen Situation. Erst den das Gewissen der tschechischen Mehrheit tief rüttelnden Worten des Genossen Dr. Czech, der in einer groß angelegten, kunstvoll angelegten Rede den Koalitionsanbetern eindringlich ins Bewußtsein redete und ihnen an Hand unwiderleglicher Beweise ihren so ganz anderen Kampf um die Gleichberechtigung im alten Oesterreich vor Augen führte, gelang es, einen Umschwung herbeizuführen. Nach Rosek — Herr Dr. Biskovský, der Justizminister, hat ja schon in der Vorwoche den würdigen Auftakt dazu gegeben — hat die Karlsbader Polizei mit vollem Recht geprügelt, und er hat versprochen, daß sie dies bei nächster Gelegenheit wieder tun werde. Alles, was die mißhandelten Arbeiter und die sozialdemokratischen Senatoren über das hysterisch-kopflöse und brutale Vorgehen der Polizei berichten, existiert für diesen Innenminister überhaupt nicht, er glaubt nur das, was die Polizei, also die Beschuldigten und Angeklagten, in diesem Falle, ihm erzählen. Wenn die Koalitionsregierung zu Gericht sitzt, dann hört sie nicht darauf, was der Kläger sagt. Sie bemüht sich nicht erst umständlich, zu erforschen, was die Zeugen auszusagen haben, sie erteilt nur dem Angeklagten, da er doch in ihren Intentionen gehandelt hat, das Wort, läßt ihn sich selbst als unschuldig erklären und, da dieser sich nicht damit begnügt, sondern auch noch die Ankläger in Angeklagte verwandelt, folgt sie willig und spricht die Geprügelten schuldig. Die Polizei behauptet, die Demonstranten hätten von allem Anfang an die Polizisten als „tschechisches Gefindel“ und „tschechische Hunde“ beschimpft, unkritisch mutet der Minister deutschen sozialdemokratischen Arbeitern diesen nationalistischen Exzeß zu und die wohlaußgeklügelte Spekulation auf den nationalen Furor der Tschechen verfehlt nicht ihre Wirkung: die Koalitionsregierungen sind für den Pendrek begeistert, da er ja doch nur die zugefügte nationale Unbill rächte. Wie wenig selber der Minister von den Karlsbader

führen. Schrittweise baute Genosse Czech so auf der besseren Vergangenheit der Tschechen auf, hielt ihnen den Spiegel vor, in dem ihr jetziges, aller Demokratie hohnsprechendes Verhalten als verzerrte Frage sich widerspiegelt, und deutete schließlich den erlösenden Ausweg in knappen Umrissen an:

Gerade in dieser Stunde ist der psychologische Moment gekommen, um mit der bösen Vergangenheit seit dem Umsturz zu brechen; gerade jetzt müssen sich die Vertreter aller Nationen in zwölfster Stunde, ehe noch ein Streit beginnt, dessen Ende nicht abzusehen ist, an den Verhandlungstisch setzen und den Haß abbauen, die Völkerverständigung andahnen. Ein Nationalitätenausschuß soll Ordnung

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Die Regierung wird aufgefordert, in der Frühjahrsession 1926 einen Antrag einzubringen, durch welchen die nationalen Verhältnisse in der tschechoslowakischen Republik geregelt werden. Hierbei sind folgende Grundsätze zu beachten:

- 1. Die Verwaltung des Staates ist nach national möglichst einheitlichen Verwaltungsgebieten zu gliedern und innerhalb dieser Gebiete die nach den Grundsätzen der vollen demokratischen Selbstverwaltung zu ordnen.
- 2. Die national-kulturellen Angelegenheiten aller Nationen sind durch jede Nation selbständig durch autonome Organe zu besorgen. Hierbei sind insbesondere die Grundsätze des Antrages Hillebrand und Genossen über die nationale Schulautonomie zu verwirklichen.
- 3. Der verfassungsrechtliche Schutz gegen Entnationalisierung ist durch Erlassung der notwendigen Durchführungsbestimmungen wirksam zu machen.

Begründung.

Die große Bedeutung des nationalen Problems ist im Weltkrieg offenkundig geworden. Die Erfahrungen, welche die drei großen Reiche Oesterreich-Ungarn, Rußland und die Türkei gerade in dieser Hinsicht gemacht haben, gehören heute der Geschichte an, aber die Lehren dieser Erfahrungen sind unbestreitbar und fordern vollste Verherrigung.

Junge, neugebildete Staaten, denen noch keine vierhundertjährige Tradition zur Seite steht, haben doppelt und dreifach Grund dazu, diese Erfahrungen zur Richtlinie ihrer Politik zu machen. Die Friedensverträge haben vielfach neue Grenzen gezogen, weite Territorien haben samt deren Bevölkerung die staatliche Zugehörigkeit gewechselt, Volksgruppen von abweichender Sprache, Kulturhöhe und Wirtschaftsweise sind ohne Rücksicht auf ihre Eigenart zusammengewürfelt worden. Diese Zusammenlegung bleibt so lange ein Experiment, als nicht eine sachgemäße Regelung der

machen, die Staatsverwaltung nach national einheitlichen Gebieten gliedern und innerhalb dieser Gebiete die volle demokratische Selbstverwaltung, besonders im Schulwesen, einführen. Es ist dies eine alte Forderung der deutschböhmisches Sozialdemokratie, die gerade heute höchste Aktualität gewinnt. Seht allen eingehämmerten Chauvinismus bei Seite und seht an die Arbeit zur Verständigung der Völker! Die volle Verantwortung vor der Geschichte über den, der diesen Mahnruf in dieser Zeit in den Wind schlägt.

Der erwähnte Antrag, der im ganzen Hause berechtigtes Interesse erweckte, hat folgenden Wortlaut:

Verhältnisse dieser Eigenart Rechnung trägt; sie werden zu einem gewagten Experiment in dem Augenblicke, wo ein geistloser Zentralismus jene nationalen, territorialen und kulturellen Besonderheiten nicht etwa organisatorisch zusammengliedert, sondern einfach negiert und dadurch vertieft.

Die Verfasser der Friedensverträge haben dieses Problem wohl berührt, indem sie den Verträgen eine Erklärung zum Schutze der Minoritäten beigegeben haben, welche auch von dem tschechoslowakischen Staate angenommen worden ist. Aber diese Erklärung berücksichtigt den einzelnen Staatsbürger nur in unzureichendem Maße, die Gesamtheit der Staatsbürger gleicher Eigenart überhaupt nicht.

Wir halten es durch die Erfahrungen, die in der Kriegs- und Nachkriegszeit gemacht worden sind, für alle Nationen der tschechoslowakischen Republik geboten, zu diesem Problem, das bisher offen geblieben ist und das politische Leben des

Vorfällen weiß, zeigte, daß er erzählte, zu dem berühmten Steinwurf, der in Fischern die Verhängung des Ausnahmezustandes zur Folge hatte, sei es „in derselben Nacht“ nach der Protestversammlung gekommen; in Wahrheit kam es zu dem sogenannten Steinwurf erst in der Nacht vom 3. auf den 4. März, also einer Tag später. Für ihn vollzog sich auch die Verhängung des Ausnahmezustandes über Fischern in durchaus ordnungsgemäßer Weise. Er berief sich dabei auf das Präzedenz, die kaiserliche Verordnung vom Jahre 1854, aber diese Verordnung paßt auf das Vorgehen des Karlsbader Polizeileiters wie die Faust aufs Auge. Er macht — das soll schlaue sein! — einen Unterschied zwischen „Ausnahmszustand“ und „außerordentliche Verfügungen“. In Fischern sei nicht der Ausnahmezustand verhängt, sondern es seien „nur“ außerordentliche Verfügungen erlassen worden. Jedes Kind begreift: durch außerordentliche Verfügungen, welche die staatsbürgerliche Freiheit einschränken, tritt ein Ausnahmezustand ein. Wo soll also da ein Unterschied sein? Uebrigens heißt das Gesetz Nr. 300 vom 14. April 1920 ausdrücklich „Gesetz betreffend außerordentliche Verfügungen“ und darin wird ebenso ausdrücklich bestimmt, daß alle solche außerordentlichen Verfügungen nur über Befehl der Regierung und nur über Genehmigung des Präsidenten der Republik erlassen werden können! Der Minister setzt sich daher, da er den kuriosen Verhängen des Ausnahmezustandes verteidigt, entweder bewußt über das

Befehl hinweg, oder er hat nicht einmal von den Verfassungsgesetzen eine Ahnung. Dabei hatte dieser Herr den Mut, einem Senator, der die Richtigkeit dieser unsinnigen Auslegung dieses Gesetzes bestritt, zuzurufen: „Da kann nicht dafür, wenn Sie die Sache nicht verstehen!“ Das sind Ton, Sitten, Manieren eines Ministers, das ist auch das Vorgehen des obersten Kommandanten der Polizeigewalt!

Pendrek, Gewalt, Geistesverletzungen, das alles wird von diesen Ministern geschickt und verteidigt. Und damit der Reigen vollständig werde, ist vor einigen Tagen noch ein dritter Minister, Herr Dr. Biskovský, in die Schranken getreten und hat die Protestler gegen den durch die Sprachenverordnung verübten Sprachraub als „Querulanten“ beschimpft. Verneht es, Ihr, die Ihr durch das Diktat der Regierung in eurer Sprache bei den Behörden nicht Recht finden dürft, bezweifelt Ihr nicht, wie diese Regierung auf Euer Wohl bedacht ist? Euer Klagen über Zurücklegung entspringt nur eurer angeborenen Charakterstärke, die Euch ewig zu nörgeln und zu kritisieren zwingt! Drei Minister haben gesprochen, alle drei haben schlagfertig die Mentalität unserer Beherrscher aufgezeigt, in der der Pendrek als Erziehungsmittel zur Loyalität und staatsbürgerlichen Befinnung die Hauptrolle spielt. Man sollte diese Reden im ganzen Staate und auch im Ausland plakotieren, sie wären ein schärferes Propagandamittel gegen den in Geltung stehenden reaktionären Kurs, als die heftigste Anklagerede!

Landes ebenso beeinträchtigt, wie eine offene Wunde die Sicherheit und Freiheit der Bewegungen des Körpers, Stellung zu nehmen und eine Lösung zu suchen. Die Welt ist weit davon entfernt, zur Ruhe gekommen zu sein. Am Gegenteil: die fortschreitende wirtschaftliche Erschlüpfung bedroht Europa mit so vielen Gefahren, die selbst wieder alle politischen Möglichkeiten austrocknen können.

Es war immer das Verhältnis großer und mächtiger Reiche, daß sie nicht rechtzeitig Probleme in Angriff genommen und gelöst haben, welche hinterher, zu spät angeht, erst recht eine Hauptursache des Unterganges geworden sind. Die gewaltigen Machtmittel jener Großstaaten haben das Verhältnis nicht mehr ausbalancieren können. Die tschechoslowakische Republik ist nicht nur ein junger, sondern auch ein kleiner Staat und deshalb eben hat sie dreifache Ursache, das zur richtigen Zeit zu vollbringen, was, einmal veräußert, nicht mehr nachgeholt werden kann.

Beim Aufbau des tschechoslowakischen Staates sind all die Probleme, von denen hier gesprochen worden ist, gar nicht oder nicht genügend zu Worte gekommen. Sie an die Oberfläche zu bringen und aufzurollen halten wir für unsere Pflicht. Die Gesichtspunkte, von denen unser Antrag ausgeht und die in ihm einen klar formulierten Ausdruck gefunden haben, zeigen den Weg ins Freie. Aus all den Schwierigkeiten, an denen dieses Land überreich ist, vermag es nur die Sicherung der Selbstbestimmung jedes Volkes und der Selbstverwaltung seiner kulturellen Angelegenheiten und daher die Verständigung der Völker über die Bedingungen des Zusammenlebens und der Zusammenarbeit herauszuführen. Diesem Ziele strebt unser Antrag zu.

In formeller Beziehung beantragen wir, es möge, gemäß Paragraph 22, Absatz 2, der Geschäftsordnung, ein 3gliedriger Nationalitätenausschuß eingesetzt und diesem der vorliegende Antrag zur Berichterstattung binnen Monatsfrist zugewiesen werden.

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung gegen halb 11 Uhr vormittags. Den ersten Punkt der Tagesordnung bildet die Regierungsvorlage über das

Hausierergesetz.

Der Berichterstatter Kaprál (Gew.-Part.) erläutert den Entwurf als Kompromiß, der den Hausierhandel an jenen Orten einschränken soll, wo einseitige Gewerbebetriebe vorhanden sind. Für die Kriegsbeschädigten gelten diese Ausnahmsbestimmungen nicht. Die verschiedenen einschränkenden Bestimmungen sollen die Käufer schützen und geben den Behörden das Recht der Preiskontrolle. Das Gesetz bedeute im ganzen einen Fortschritt und entspreche den Interessen des legitimen Handels.

Pažel (D. Nat.-Soz.) erklärt, die heutige Debatte sollte vor allem der Explosionskatastrophe und dem Mißtrauensantrag der deutschen Parteien gewidmet sein. Das vorliegende Gesetz befreie nicht die bisherigen Mängel der Vorschriften über den Hausierhandel. Man müsse mit der Tendenz übereinstimmen, daß der Hausierhandel allmählich verschwinde, jedoch die armen Gegenden berücksichtigen.

Tichý (D. Gew.-Part.) spricht sich dagegen aus, daß man so tief in das Wirtschaftsleben einschneidende Gesetz durch einen Kuhhandel zwischen den koalitierten Parteien erlasse; man sollte auch die gewerblichen Organisationen hören. Das Gesetz sei nicht das schlechteste; seine Partei sei ein grundsätzlicher Gegner des Hausierwesens und mit der Einschränkung des Hausierwesens überhaupt vollkommen einverstanden und werde deshalb, unter Aufrechterhaltung einiger Änderungsanträge, für die Vorlage stimmen.

Nach dem tschechischen Sozialdemokraten Plá, der auf die angebliche Berücksichtigung der armen Gegenden hinweist, und auf das Baugesetz eingeht, nimmt

Genosse Kócher

die Gelegenheit wahr, um die Stellung unserer Partei zum Hausierhandel überhaupt und zu dem vorliegenden Gesetzentwurf darzulegen. Er führt unter anderem aus:

Der vorliegende Gesetzentwurf bedeutet einen Rückschritt; er ist durchsetzt mit reaktionärem, borniertem Zünftlergeist. Der Entwurf bedeutet die Abmurrung aller dieser kleinen Leute, die heute mühselig ihren Erwerb gefunden haben, er ist

Copyright durch Willim Goldman Verlag, Leipzig, 1926.

Die Goldwälder am Klondike.

Roman aus der Zeit der großen Goldfunde in Kanada und Alaska
88 von Emil Droonberg.

Murphy fuhr fort: „Die gänzlich unbestätigten Aussagen einer Partei können aber niemals als eine solche ausreichende Begründung angesehen werden. In dem vorliegenden Falle kommt noch dazu, daß die wichtigen Interessen nicht nur meiner Klientin, sondern auch der Klondike Mining Co. durch eine Verletzung auf das schwerste geschädigt würden.“

Der Anwalt der Mininggesellschaft, der die einfache Formalitätsfrage, zu deren Erledigung er sich hier eingefunden hatte, zu seiner Ueberzeugung sich zu einer ganz außerordentlich verwiderten Personenstreitfrage ausgestalten sah, schloß sich nach einer kurzen im Flüstertone abgehaltenen Besprechung mit dem Bevollmächtigten der Gesellschaft dem Proteste an.

Evans unternahm einen letzten Versuch. „Der Brief, den wir bei dem Toten fanden, enthielt auch noch eine Bemerkung, die für die Feststellung der richtigen Erbin große Bedeutung hat. Die Schreiberin erwähnte darin, daß sie Geigenspielerin sei und in Konzerten aufträte.“

Miß Peggy Rauston hier wird das bezeugen und auch die übrigen, die den Brief gesehen haben, werden sich daran erinnern. Miß Malony hat die Geige bei sich und ist bereit, ihre Kunst zu zeigen. Wenn Cure Ehren dieser andern Lady dann die gleiche Probe auferlegen will, so wird sich herausstellen, daß selbst wenn sie wirklich auch Eileen Malony heißen sollte, wie hier behauptet worden ist, sie doch nicht die Tochter und Erbin von Patric Malony sein kann.“

Der Streit für den Hausierhandel.

Er zeigt uns aber auch, daß man versucht, in einer Zeit, wo die Industrialisierung soweit fortgeschritten ist, mit solchen kleinlichen Mitteln „Gewerbebetriebe“ zu betreiben. Der Gesetzentwurf bedeutet das Zurückwerfen der Entwicklung um mehr als 50 bis 60 Jahre. Im alten Österreich hätte sich keine Regierung getraut, einen solchen Gesetzentwurf vorzulegen. Die Herren Gewerbebetreiber sehen in ihrer Blindheit und Kurzsichtigkeit nicht, daß nicht der Hausierer ihr Feind ist, sondern daß es der Großkapitalismus ist, der das Gewerbe zugrunde richtet. Die kapitalistische Entwicklung ist es, die den Gewerbebestand zermalmt. Die Herren Gewerbebetreiber sehen aber nicht, daß die Schuhfabriken durch ihre maschinelle Erzeugung den Schuhhermeister zum Flitsch uiter machen, sie sehen nicht, wie der Schneidermeister durch die Konfektionsfabrik aus seinem Berufe gedrängt, die Schlosser und Klempner zu Hilfsarbeitern des industriellen Betriebs herabgedrückt werden, wie Uhrmacher durch die Uhrenfabriken aufhören, selbständige Arbeiter zu sein. Gegen all das sind die Herren blind. Der kleine Hausierer soll es sein, der das Gewerbe zugrunde richtet und der bekämpft werden muß. Viele Meister suchen sich heute noch dadurch zu retten, daß sie nur Lehrlinge beschäftigen, also billige Arbeitskräfte haben, aber keinen Gehilfen halten. Viele lernen bei kleinen Meistern aus, finden nachträglich keinen Posten und müssen so Fabrikarbeiter werden oder schließlich und endlich versuchen, im Wege des Hausierhandels einen Erwerb für sich zu schaffen. Auch mancher von diesen kleinen Handwerklern, der aus der Bahn herausgeworfen wurde, versucht nachträglich vielleicht doch einen Hausierhandel anzufangen.

Wir verstehen einfach nicht, daß Gewerbebetriebe, die dem Untergange entgegengehen, glauben, mit so kleinen Mitteln das Gewerbe retten zu können, wenn sie einigen kümmerlich und ärmlich ihr Leben fristen, umbringen.

„Zweifelhaft“ existieren sind im Hausierhandel vielleicht weniger vertreten, als im Kaufmannstand und im Gewerbebestand. (Zustimmung.) Im alten Österreich hat man im Patent vom Jahre 1852 ein Alter von 30 Jahren für den Hausierer festgesetzt.

Wir sehen nicht ein, warum nach dem vorliegenden Gesetzentwurf jemand erst mit 35

Jahren berechtigt sein soll, den Hausierhandel auszuüben, wenn er schon mit 21 Jahren den Schlehprügel tragen kann.

Es heißt dann weiter, daß diejenigen, die den Hausierhandel antreiben,

„beräuflich“ kein müssen. Das ist ein so behäbiger Begriff, daß er der Willkür der Behörden Tür und Tor öffnet. Wir sehen in der Vorlage

einen Mattenschwanz von Strafen,

Verbrechen, Vergehen, Uebertretungen; in all diesen Fällen ist man außerstande, einen Hausierhändler zu erhalten. Das sind lauter Schikane der Behörden. Die Behörde kann es verweigern, sie kann die Zeit bestimmen, an wieviel Tagen in der Woche der Hausierer hausieren darf, wann er wiederkommen darf, sie kann ihn quälen und schikanieren, wann immer sie will. Bei der Dämmerung darf er kein Haus mehr betreten, wenn die Geschäfte im Orte geschlossen sind, darf er nicht hausieren gehen. Wann soll aber dieser Mensch etwas verdienen? Seine Kunden, die Fabrikarbeiter, Kleinhandwerker, Kleinlandwirte, kann er nur aufsuchen, wenn sie Zeit haben, nicht aber unter der Arbeit.

Wir lehnen also diese Beschränkungen ab.

Unannehmbar ist die Bestimmung, daß der Gehilfe keine Höhe, keinen Rang tragen, keinen Handschuh benutzen darf, daß Erleichterungen nur in den äußersten Notfällen gewährt werden dürfen und auch dies nur bei Notgelegenheiten. Im Gesetz ist nicht ausgesprochen, welches die Notstandsgebiete

sind. Wir haben

das ganze große Erzgebirge

mit vielen hundert Hausierern. Die ganze Industrie mühte dort zugrunde gehen, wenn es nicht möglich wäre, daß die Menschen hinausgehen, um die Ware zu verkaufen, viele hundert von Heimarbeitern könnten nicht leben. Die größte Niederträchtigkeit aber ist der Paragraph 24, der die Behörden verpflichtet, eventuelle Strafen in das Buch einzuschreiben, so daß der Hausierer mit diesem Steckbrief von Ort zu Ort wandern muß.

Wir legen Verwahrung gegen die Fassung des Gesetzentwurfes ein, weil dieser Entwurf

Debatte über die Sprachenverordnung.

Der Nationaldemokrat Hajn gibt den Auftakt. — Rojel hält eine aufregende Rede.

Der durch seine Unversöhnlichkeit bekannte Nationaldemokrat Hajn war unstreitig am besten dazu geeignet, namens des Initiativauschusses über den Mißtrauensantrag, den der deutsche Verband gegen die Regierung wegen Verletzung der Minderheitsrechte eingebracht hat, ein unparteiisches Referat zu erstatten. Hajn hielt eine seiner berichtigten Rede gegen die Deutschen, denen es nach seiner Meinung noch viel zu gut geht und die kulturelle Einrichtungen und Schulen mehr als zuviel haben. Seine Ausführungen wurden vielfach von stürmischen Zwischenrufen auf deutscher Seite unterbrochen. Der Zwischenruf „das ist ja ein Koalitionsgrammophon“, kennzeichnete am treffendsten den merkwürdigen Referenten.

Namens der Minderheit des Initiativauschusses begründete der deutsche Agrarier Bierhut das Mißtrauensvotum des deutschen Verbandes. Er wies die Behauptungen Hajns, als ob dem Mißtrauensantrag jede Begründung fehle zurück. Er vermisse vielmehr in

dem Berichte der Mehrheit die Begründung für den Antrag, über den Mißtrauensantrag zur Tagesordnung überzugehen. Das ganze deutsche Volk sei durch die Sprachenverordnung ausgerüttelt und empfindlich getroffen. Die Verordnungen, welche über das Gesetz hinausgehen, seien ungültig, die Mehrheit habe, wie aus den Verordnungen zu ersehen ist, es darauf abgesehen, die anderen Völker in der bräunsten Weise zu unterdrücken.

„Hierauf hielt der Innenminister Rojel ein längeres, mit Spannung erwartetes Exposé über die Sprachenverordnung. Seine Ausführungen waren eine vollkommene Enttäuschung für alle die, welche vielleicht noch annahmen, der Minister werde als Exponent der Regierung vor den Volksvertretern sachlich und im Bewußtsein der Wichtigkeit des Gegenstandes sprechen. Davon war bei Rojel keine Spur zu finden. Im

dem Bericht der Mehrheit die Begründung für den Antrag, über den Mißtrauensantrag zur Tagesordnung überzugehen. Das ganze deutsche Volk sei durch die Sprachenverordnung ausgerüttelt und empfindlich getroffen. Die Verordnungen, welche über das Gesetz hinausgehen, seien ungültig, die Mehrheit habe, wie aus den Verordnungen zu ersehen ist, es darauf abgesehen, die anderen Völker in der bräunsten Weise zu unterdrücken.

„Hierauf hielt der Innenminister Rojel ein längeres, mit Spannung erwartetes Exposé über die Sprachenverordnung. Seine Ausführungen waren eine vollkommene Enttäuschung für alle die, welche vielleicht noch annahmen, der Minister werde als Exponent der Regierung vor den Volksvertretern sachlich und im Bewußtsein der Wichtigkeit des Gegenstandes sprechen. Davon war bei Rojel keine Spur zu finden. Im

dem Bericht der Mehrheit die Begründung für den Antrag, über den Mißtrauensantrag zur Tagesordnung überzugehen. Das ganze deutsche Volk sei durch die Sprachenverordnung ausgerüttelt und empfindlich getroffen. Die Verordnungen, welche über das Gesetz hinausgehen, seien ungültig, die Mehrheit habe, wie aus den Verordnungen zu ersehen ist, es darauf abgesehen, die anderen Völker in der bräunsten Weise zu unterdrücken.

„Hierauf hielt der Innenminister Rojel ein längeres, mit Spannung erwartetes Exposé über die Sprachenverordnung. Seine Ausführungen waren eine vollkommene Enttäuschung für alle die, welche vielleicht noch annahmen, der Minister werde als Exponent der Regierung vor den Volksvertretern sachlich und im Bewußtsein der Wichtigkeit des Gegenstandes sprechen. Davon war bei Rojel keine Spur zu finden. Im

dem Bericht der Mehrheit die Begründung für den Antrag, über den Mißtrauensantrag zur Tagesordnung überzugehen. Das ganze deutsche Volk sei durch die Sprachenverordnung ausgerüttelt und empfindlich getroffen. Die Verordnungen, welche über das Gesetz hinausgehen, seien ungültig, die Mehrheit habe, wie aus den Verordnungen zu ersehen ist, es darauf abgesehen, die anderen Völker in der bräunsten Weise zu unterdrücken.

„Hierauf hielt der Innenminister Rojel ein längeres, mit Spannung erwartetes Exposé über die Sprachenverordnung. Seine Ausführungen waren eine vollkommene Enttäuschung für alle die, welche vielleicht noch annahmen, der Minister werde als Exponent der Regierung vor den Volksvertretern sachlich und im Bewußtsein der Wichtigkeit des Gegenstandes sprechen. Davon war bei Rojel keine Spur zu finden. Im

dem Bericht der Mehrheit die Begründung für den Antrag, über den Mißtrauensantrag zur Tagesordnung überzugehen. Das ganze deutsche Volk sei durch die Sprachenverordnung ausgerüttelt und empfindlich getroffen. Die Verordnungen, welche über das Gesetz hinausgehen, seien ungültig, die Mehrheit habe, wie aus den Verordnungen zu ersehen ist, es darauf abgesehen, die anderen Völker in der bräunsten Weise zu unterdrücken.

„Hierauf hielt der Innenminister Rojel ein längeres, mit Spannung erwartetes Exposé über die Sprachenverordnung. Seine Ausführungen waren eine vollkommene Enttäuschung für alle die, welche vielleicht noch annahmen, der Minister werde als Exponent der Regierung vor den Volksvertretern sachlich und im Bewußtsein der Wichtigkeit des Gegenstandes sprechen. Davon war bei Rojel keine Spur zu finden. Im

dem Bericht der Mehrheit die Begründung für den Antrag, über den Mißtrauensantrag zur Tagesordnung überzugehen. Das ganze deutsche Volk sei durch die Sprachenverordnung ausgerüttelt und empfindlich getroffen. Die Verordnungen, welche über das Gesetz hinausgehen, seien ungültig, die Mehrheit habe, wie aus den Verordnungen zu ersehen ist, es darauf abgesehen, die anderen Völker in der bräunsten Weise zu unterdrücken.

„Hierauf hielt der Innenminister Rojel ein längeres, mit Spannung erwartetes Exposé über die Sprachenverordnung. Seine Ausführungen waren eine vollkommene Enttäuschung für alle die, welche vielleicht noch annahmen, der Minister werde als Exponent der Regierung vor den Volksvertretern sachlich und im Bewußtsein der Wichtigkeit des Gegenstandes sprechen. Davon war bei Rojel keine Spur zu finden. Im

dem Bericht der Mehrheit die Begründung für den Antrag, über den Mißtrauensantrag zur Tagesordnung überzugehen. Das ganze deutsche Volk sei durch die Sprachenverordnung ausgerüttelt und empfindlich getroffen. Die Verordnungen, welche über das Gesetz hinausgehen, seien ungültig, die Mehrheit habe, wie aus den Verordnungen zu ersehen ist, es darauf abgesehen, die anderen Völker in der bräunsten Weise zu unterdrücken.

„Hierauf hielt der Innenminister Rojel ein längeres, mit Spannung erwartetes Exposé über die Sprachenverordnung. Seine Ausführungen waren eine vollkommene Enttäuschung für alle die, welche vielleicht noch annahmen, der Minister werde als Exponent der Regierung vor den Volksvertretern sachlich und im Bewußtsein der Wichtigkeit des Gegenstandes sprechen. Davon war bei Rojel keine Spur zu finden. Im

dem Bericht der Mehrheit die Begründung für den Antrag, über den Mißtrauensantrag zur Tagesordnung überzugehen. Das ganze deutsche Volk sei durch die Sprachenverordnung ausgerüttelt und empfindlich getroffen. Die Verordnungen, welche über das Gesetz hinausgehen, seien ungültig, die Mehrheit habe, wie aus den Verordnungen zu ersehen ist, es darauf abgesehen, die anderen Völker in der bräunsten Weise zu unterdrücken.

„Hierauf hielt der Innenminister Rojel ein längeres, mit Spannung erwartetes Exposé über die Sprachenverordnung. Seine Ausführungen waren eine vollkommene Enttäuschung für alle die, welche vielleicht noch annahmen, der Minister werde als Exponent der Regierung vor den Volksvertretern sachlich und im Bewußtsein der Wichtigkeit des Gegenstandes sprechen. Davon war bei Rojel keine Spur zu finden. Im

dem Bericht der Mehrheit die Begründung für den Antrag, über den Mißtrauensantrag zur Tagesordnung überzugehen. Das ganze deutsche Volk sei durch die Sprachenverordnung ausgerüttelt und empfindlich getroffen. Die Verordnungen, welche über das Gesetz hinausgehen, seien ungültig, die Mehrheit habe, wie aus den Verordnungen zu ersehen ist, es darauf abgesehen, die anderen Völker in der bräunsten Weise zu unterdrücken.

„Hierauf hielt der Innenminister Rojel ein längeres, mit Spannung erwartetes Exposé über die Sprachenverordnung. Seine Ausführungen waren eine vollkommene Enttäuschung für alle die, welche vielleicht noch annahmen, der Minister werde als Exponent der Regierung vor den Volksvertretern sachlich und im Bewußtsein der Wichtigkeit des Gegenstandes sprechen. Davon war bei Rojel keine Spur zu finden. Im

dem Bericht der Mehrheit die Begründung für den Antrag, über den Mißtrauensantrag zur Tagesordnung überzugehen. Das ganze deutsche Volk sei durch die Sprachenverordnung ausgerüttelt und empfindlich getroffen. Die Verordnungen, welche über das Gesetz hinausgehen, seien ungültig, die Mehrheit habe, wie aus den Verordnungen zu ersehen ist, es darauf abgesehen, die anderen Völker in der bräunsten Weise zu unterdrücken.

„Hierauf hielt der Innenminister Rojel ein längeres, mit Spannung erwartetes Exposé über die Sprachenverordnung. Seine Ausführungen waren eine vollkommene Enttäuschung für alle die, welche vielleicht noch annahmen, der Minister werde als Exponent der Regierung vor den Volksvertretern sachlich und im Bewußtsein der Wichtigkeit des Gegenstandes sprechen. Davon war bei Rojel keine Spur zu finden. Im

dem Bericht der Mehrheit die Begründung für den Antrag, über den Mißtrauensantrag zur Tagesordnung überzugehen. Das ganze deutsche Volk sei durch die Sprachenverordnung ausgerüttelt und empfindlich getroffen. Die Verordnungen, welche über das Gesetz hinausgehen, seien ungültig, die Mehrheit habe, wie aus den Verordnungen zu ersehen ist, es darauf abgesehen, die anderen Völker in der bräunsten Weise zu unterdrücken.

„Hierauf hielt der Innenminister Rojel ein längeres, mit Spannung erwartetes Exposé über die Sprachenverordnung. Seine Ausführungen waren eine vollkommene Enttäuschung für alle die, welche vielleicht noch annahmen, der Minister werde als Exponent der Regierung vor den Volksvertretern sachlich und im Bewußtsein der Wichtigkeit des Gegenstandes sprechen. Davon war bei Rojel keine Spur zu finden. Im

dem Bericht der Mehrheit die Begründung für den Antrag, über den Mißtrauensantrag zur Tagesordnung überzugehen. Das ganze deutsche Volk sei durch die Sprachenverordnung ausgerüttelt und empfindlich getroffen. Die Verordnungen, welche über das Gesetz hinausgehen, seien ungültig, die Mehrheit habe, wie aus den Verordnungen zu ersehen ist, es darauf abgesehen, die anderen Völker in der bräunsten Weise zu unterdrücken.

„Hierauf hielt der Innenminister Rojel ein längeres, mit Spannung erwartetes Exposé über die Sprachenverordnung. Seine Ausführungen waren eine vollkommene Enttäuschung für alle die, welche vielleicht noch annahmen, der Minister werde als Exponent der Regierung vor den Volksvertretern sachlich und im Bewußtsein der Wichtigkeit des Gegenstandes sprechen. Davon war bei Rojel keine Spur zu finden. Im

ersten Teil seiner Ausführungen suchte er die ältesten Schläger der berüchtigten tschechoslowakischen Auslandspropaganda zusammen, um an Hand verschiedener Ansprüche, die einzelne deutsche Abgeordnete in stürmischen Versammlungen vor Jahren getan hatten, den Nachweis zu führen, daß die Erregung in der deutschen Bevölkerung über das Sprachenrecht nur künstlich (!) hervorgerufen sei durch aufreizende Reden in den Protestversammlungen. Dieses merkwürdige Ministerexposé rief bei den deutschen und kommunistischen Abgeordneten, welche gedrängt vor der Ministerbank standen,

Wahre Stürme des Unwillens

hervor. Minutenlang gingen die weiteren Ausführungen Noskels in dem Tumult unter. Wortgefechte zwischen Koalitions- und oppositionellen Abgeordneten verursachten einen solchen Lärm, daß Noskel seine weitere Rede lange Zeit nur den Stenographen diktieren mußte. Als dann endlich wieder Ruhe eingetreten war, beschäftigte sich Noskel mit den Bestimmungen der Sprachenverordnung im einzelnen und suchte — allerdings vergeblich — nach dem Vorbilde Viskovitzs die deutschen Beschwerden über die Sprachenverordnung als unbegründet hinzustellen und demgegenüber die wenigen Bestimmungen, welche so etwas wie einen Schutz der Minderheiten darstellen sollen, maßlos zu übertreiben.

Ein neuer Sturm des Unwillens, namentlich von kommunistischer Seite erhob sich, als der Minister auch die alleinige Herrschaft der tschechosslovakischen Sprache in

Karpathorufland

zu rechtfertigen suchte. Die Unaufrichtigkeit dieser Rede erreichte wohl ihren Höhepunkt, als Noskel zum Schluß versicherte, die Regierung habe aus der Sprachenverordnung nie ein Politikum gemacht und werde dies auch niemals tun (!) Er unterließ es auch nicht, die starke Hand der Regierung anzukündigen und zu betonen, daß die Regierung mit aller Entschiedenheit bei etwaigen Auflehnungen gegen die Verordnung einschreiten und die verfassungsgemässen Rechte der Staatsprache (!) unter allen Umständen siegreich verteidigen werde.

In der nun folgenden Debatte sprach auch

Genosse Dr. Czoch,

dessen längere Rede in dem Antrag auf Einsetzung eines Nationalitätenausschusses ausklang. Wir werden seine bedeutamen und in der richtigen Atmosphäre des Hasses doppelt begrüßenswerten Ausführungen, die auf das gesamte Haus hinsichtlich einen tiefen Eindruck machten und so doch die Hoffnung aufkommen ließen, es könnte anders werden, in der morgigen Kammer bringen.

Nach der Rede Czochs ließ es sich der Innenminister nicht nehmen, auf den Vorwurf des Wortbruchs, den Czoch erhoben hatte, zu reagieren. Was er zur Entschuldigun des trafen Wortbruchs der Regierung anführte, welche die Sprachenverordnung entgegen ihren feinerzeitigen feierlichen Verpflichtungen der Bevölkerung ohne Befragung der deutschen Parlamentarier aufzwang, war mehr als lässlich und konnte niemanden überzeugen.

Die Debatte, die spät abends abgebrochen wurde, geht morgen um 9 Uhr früh weiter.

Unser Protestkundgebungen.

Eine mächtige Vertrauensmännertagung des Karlsbader Bezirkes.

Dienstag abends versammelten sich, über Nacht einberufen, 360 Vertrauensmänner der sozialdemokratischen Partei des Karlsbader Bezirkes im großen Saale des Karlsbader Schützenhauses. Die Versammlung mußte, ein Zeichen unserer Zeit, auf Grund des § 2 einberufen, Listen mußten angelegt, Einladungen geschrieben und zugestellt werden. Trotzdem innerhalb 24 Stunden ein solch gewaltiger Aufmarsch unserer Vertrauensleute — das ist wohl der beste Beweis für die Schlagfertigkeit und den Kampfeswillen der Genossen! Unter dem Vorsitz des Senators Genossen Löw, referierte, stürmisch begrüßt, Abgeordneter Genosse Bohls, der die allgemeine Bedeutung der Karlsbader und Fischerner Vorfälle kennzeichnete, die Notwendigkeit entschiedener Kampfstellung der Arbeiter begründete und insbesondere schärfste Anklage gegen den liberalen Justizminister Noskel erhob. Unser Parteivorstand werde alles daran setzen, damit die Schuldigen zur Verantwortung gezogen werden, am 28. März wird die deutsche sozialdemokratische Arbeiterschaft in allen Teilen der Republik zur Verteidigung ihrer Freiheiten neuerlich demonstrieren. Nach dem mit stürmischem Beifall aufgenommenen Referat Bohls sprach noch Abg. Genosse de Witte. Einstimmig wurde dann eine Resolution angenommen, in der unter anderem strengste Untersuchung der Vorfälle und entschiedene Maßnahmen gefordert werden, um eine Wiederholung derartiger Gewalttaten unmöglich zu machen. Die Resolution schließt mit einem feurigen Appell an die Arbeiter und Arbeiterinnen, sich der sozialdemokratischen Partei anzuschließen und so mit auf eine siegreiche Beendigung des schweren Kampfes hinzuwirken.

Sozialdemokratische Protestkundgebung in Jnaim.

Am Sonntag fand in Jnaim unter dem Vorsitz des Genossen Professor Spitzer eine von unserer Partei einberufene Parteiverammlung

Wie man hierzulande unterlucht: Die Arbeiter sind an den Karlsbader Vorfällen schuld!

Der Innenminister deckt das Vorgehen der Polizei in Karlsbad und Fischern. — Der Polizeibericht als einzige Grundlage für den Innenminister.

Die Genossen Löw und Dr. Heller rechnen mit der Koalition ab.

Prag, 11. März. Im Senat fand gestern abends und während der ganzen heutigen Sitzung die Aussprache über die Karlsbader Vorfälle statt. Die Regierung konnte sich nicht dazu aufraffen, bei der Untersuchung der Vorfälle einwandfrei vorzugehen. Der Innenminister Noskel hatte die Stürze, über das Vorgehen der Polizei in Karlsbad und Fischern den Senat nicht auf Grund einer unparteiischen Untersuchung, sondern auf Grund des — Polizeiberichts zu informieren! Er mußte es sich dabei allerdings gefallen lassen, daß ihm unsere Genossen traffe Unwahrheiten des Berichtes nachwiesen.

In der Debatte, die sich oft stürmisch gestaltete, standen die Koalitionäre natürlich unerschütterlich auf der Seite ihres Innenministers. Besonders der Nationaldemokrat Dyltal schenkt ein besonderes darauf zugute, den deutschen Sozialdemokraten ihren — Nationalismus im alten Österreich vorzuwerfen und sie dafür verantwortlich zu machen, daß in Oesterreich der nationale Kampfesgeist (!) wurde. Der so „geschichtskundige“ Redner wurde allerdings sehr verlegen, als unsere Genossen seine Phantastereien durch treffende Zwischenrufe um den Reiz der in diesem Falle wirklich vorhandenen „Originalität“ brachten. Die übrigen Koalitionäre beschränkten sich darauf, von allem anderen, nur nicht von den Vorfällen in Karlsbad und Fischern zu reden.

Von unseren Genossen sprachen Sen. Löw und Sen. Dr. Heller, deren Ausführungen den Mittelpunkt der Debatte bildeten. Die anderen Oppositionsparteien griffen gleichfalls die Regierung scharf an.

Die Debatte über die Karlsbader Vorfälle wird erst in der am Dienstag um 4 Uhr nachmittags stattfindenden Sitzung beendet werden.

Jener Teil der Mittwochsitzung, in der die Karlsbader Vorfälle zur Sprache kamen, gestaltete sich, wie wir bereits gemeldet haben, äußerst stürmisch. Nach Zustimmung des Hauses, daß unserer Interpellation die Dringlichkeit zuerkannt werde, kam als erster Redner

Genosse Löw

zu Worte, der zuerst auf den ideologischen und charakteristischen Zusammenhang zwischen den Karlsbader Vorfällen und den die Opposition beleidigenden Worten des Verteidigungsministers aufmerksam machte: In Karlsbad herrscht eine Polizeidiktatur im Zeichen des Bendreks, im Senat huldigt der Verteidigungsminister dem Bendrek als der geeigneten Waffe gegen die berechnete Empörung der Opposition.

Der Bendrek ist in der Tat zum Szepter der tschechosslovakischen Republik geworden!

Die wirtschaftliche und nationale Bedrückung hat die arbeitenden Massen von Karlsbad auf die Straße gerufen. Die deutschen Arbeiter ertragen es nicht mehr länger, daß sie in wirtschaftlicher und nationaler Beziehung in die letzte Klasse der Bewohner dieses Staates eingereiht werden. So waren am 2. März in Karlsbad 15.000 Menschen unserer Rufe gefolgt, aus einer Versammlung mußten drei gemacht werden.

Die gemeldete und bewilligte Versammlung nahm einen würdigen Verlauf, denn der moderne Arbeiter hat es gelernt, seinen Kundgebungen durch Ruhe, Geschlossenheit und Würde den nachhaltigsten Eindruck zu geben.

Als die Versammlung beendet war, sorgten unsere Ordner für einen geordneten Abmarsch der unübersehbaren Massen. Um jeden Zusammenstoß zu vermeiden, erfolgte der Abmarsch in geschlossenen Jügen durch die bekanntlich engen Karlsbader Gassen.

Der Polizei war das jedoch nicht angenehm und sie sperrte beim Stadttheater die für den Ab-

schritt, in der Senator Genosse Niehner unter lebhafter Zustimmung und starkem Beifall der Versammelten referierte. Die Versammlung wies einen für Jnaim überaus erfreulichen Besuch auf und zeigte damit, daß die deutsche Arbeiterschaft in der Tschechoslowakei überall der Kampfpatrie unserer Partei zu folgen entschlossen ist.

Sie Schweigen!

Wir haben vor einigen Tagen festgestellt, in welcher hämisch-gehasstigen Weise die „Subotendutsche Tageszeitung“ unsere Partei just im Zusammenhang mit den unerhörten Karlsbader Vorfällen kritisierte. Ebenso bezeichnend wie diese Tatsache, ist der Umstand, daß sich die deutschbürgerlichen Parteien und Zeitungen, von dem Czoch der „Subotendutschen“ und einigen kleinen, lediglich registrierenden Meldungen abgesehen, sowohl über den Karlsbader Gewaltakt als auch über die beispiellose Fischerner Affäre vollkommen ausschweigen. Mit Knütteln ist die Polizei gegen die Demonstranten von Karlsbad losgegangen und in Fischern hat ein besinnungslos gewordener Polizeimensch in ungeheurer Weise und auf Grund eines erdichteten Steinwurfs die staatsbürgerlichen Freiheiten laßiert und einen Ausnahmezustand festgesetzt, über den man sogar jenseits der Grenzen sehr aufmerksam berichtet und in größter Schärfe abgeurteilt hat — die Herren Deutschbürgerlichen aber finden all dies kaum der Rede wert, und gingen darüber sehr rasch zur Tagesordnung über. Darüber muß denn doch noch ein Wort gesprochen werden! Denn man soll sich wenigstens klar darüber sein, warum die Gelben und Weißhändler schweigen, wenn in konkreten Fällen der Bendrek niedersank und ein Attentat auf die Freiheiten einer deutschen Gemeinde und

marsch einzig möglichen Gassen ab. Die Massen fluteten auf das andere Teplauer zurüd, ein furchtbares Gedränge entstand, ein schrecklicher Wirrwarr schien infolge des Nachdrängens der Massen unvermeidlich.

Die Polizeibehörde mußte über Intervention die Strafe freigeben.

Der den Polizeifordon befehlende ehemalige l. l. Rittmeister, Inspektor Kasik, war jedoch anderer Meinung.

Er ließ, ohne den Befehl der Polizeibehörde über die Freigabe der Strafe abzuwarten, deshalb, weil einige Leute die von der Versammlung beschlossene Resolution der Bezirksverwaltung übergeben wollten, die Polizisten auf die Menge los.

Redner schildert dann die unerhörte Art und Weise, in der die Polizei mit dem Bendrek gegen die wehrlosen Menschenmännlein vorging. Man drängte die Menschen gegen einen von der anderen Seite aumarschierenden Polizeitrupp, der gleichfalls sofort mit dem Bendrek dreinzuschlagen begann.

Erst, als sich die Polizisten ausgetobt hatten, durfte die Menge abziehen.

Am nächsten Tage jedoch begann die Polizei zu amtshandeln. Deshalb, weil der Polizeirat Totava anonyme Drohbriefe bekam, wurden Arbeiter frühzeitig aus den Betten geholt und Hausdurchsuchungen vorgenommen, natürlich ohne irgendein Resultat.

Die Arbeiter wurden aber trotzdem auf die Wache geführt, sogar vom Arbeitsplatz weg; auch Frauen wurden ins Polizeiarrest gesteckt. Im Polizeigefängnis wurden die Arbeiter nochmals von den Polizisten mißhandelt, so daß die Wunden und die Schwellungen nach drei bis vier Tagen nachher zu sehen waren. Ein Arbeiter namens Karl Siegel wurde verhaftet, weil von ihm angeblich Steine geworfen wurden. Nun gibt es weder auf der alien noch

ihrer Bewohner ausgeübt wurde. Es sind nämlich „nur“ Arbeiter gewesen, die in Karlsbad auf die Straße gingen, „nur“ Arbeiter waren es, denen der Herr Totava mit dem Bendrek das „Gehorschen“ beibringen wollte, deutsche Arbeiter waren es nur, gegen die dieser Herr dreist den Ausnahmezustand etablierte. Und da, wo es um Arbeiter geht, da sind die „nationalen“ Kämpfer aller deutschnationalen Schattierungen sehr wenig interessiert. Ja, die Arbeiter von ihren Massenzwecken ablenken und zu diesem Zwecke insbesondere zu Wahlzeiten ihnen von der „Volksgemeinschaft“ etwas vom Himmel herunterzulügen — da sind die Herrschaften mit Feuereifer dabei. Aber die Stunde des Kampfes hat sie noch immer auf der anderen Seite der Barrikade gefunden. Und wo es schon, wie im Fall Karlsbad und Fischern nicht angeht, die Partei der Gewalt gegen die Arbeiter zu ergreifen, da stehen sie doch wenigstens stumm abseits. Uns ist das durchaus recht, denn so bekommen die Arbeiter doch die richtige Anschauung von der „Volksgemeinschaft“, die letzten Endes ja doch nur dazu dienen soll, die Arbeiter in den Dienst einer gemeinsamen Verteidigung des Eigentums einzuspannen, das nur die andere, kleine Hälfte des Volkes genießt!

Die Staatsangestellten-Vorfälle sollen folgendermaßen durchgepeitscht werden: Freitag abend wird sich mit ihnen der sozialpolitische Ausschuss befaßen und sie in einer einzigen Sitzung erledigen, selbst wenn diese bis in die Morgenstunden dauern sollte. Montag und Dienstag würden die Vorfälle vom Budget- und Kulturausschuss durchgenommen werden und Donnerstag, den 18., würden sie sich bereits auf der Tagesordnung des geordnetenhaus-Plenums befinden, das sie binnen drei Tagen zu erledigen hätte. Die Frage der Bedeckung soll erst nachträglich gelöst werden.

auf der neuen Weise nachgewiesenermaßen Steine. Selbst Herr Totava mußte zugeben, daß kein Stein geworfen worden ist, daß er gelogen hat: es sei eine Sodawasserflasche (!) gewesen. Auch die Polizei selbst hat keinen Stein vorweisen können. Man darf also nicht leichtsinnigerweise etwa insinuierten, was man nicht beweisen kann. Als ich Siegel fragte, warum er denn eigentlich verhaftet wurde, sagte er mir, er sei von einem Polizeimann ins Gesicht geschlagen worden. Als er dagegen protestierte, fielen drei Mann über ihn her und haben ihn mit Bendreks bearbeitet. Ich habe ihn mir am nächsten Tage im Bezirksgericht vorführen lassen und er hat mir seinen Kopf gezeigt, der schwere Wunden aufwies.

Gen. Löw bespricht dann die weiteren Annahmen und Brutalitäten der Polizei und schildert einen Vorfall aus der letzten Vergangenheit des Polizeiregimes: Ein Kellnerlehrling wurde am 18. Jänner grundlos auf die Wache mitgenommen und dort bis zur Bewußtlosigkeit geschlagen. Ins Spital lieferte man ihn durch die Polizei dann wegen angeblicher — Vergiftung ein. Dabei hat man den 17-jährigen so auf den Kopf geschlagen, daß er am linken Ohr nichts hörte.

Zum Schluß befaßt sich der Redner mit der Verhängung des Ausnahmezustandes in Fischern,

schildert die unglaublichen Zustände während des Andauerns der polizeilichen Eigenmächtigkeit, weist energisch den Standpunkt der Polizei zurück, die bei der Aufhebung des gesetzlichen Ausnahmezustandes Garantien für die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung verlangt habe, und schließt:

Wenn wir deswegen in unserer dringlichen Interpellation verlangen, daß eine Untersuchungskommission eingesetzt und daß die Schuldigen zur Verantwortung gezogen werden, so muß nicht nur das, was sich in den letzten Tagen abgepielt hat, untersucht werden, nein, wir müssen weiter gehen: Wir müssen wissen, wie die Polizeiorgane zusammengefaßt werden, wie sie sich zu verhalten und welche Rechte sie zu erfüllen haben.“ Die Untersuchung muß eine unparteiische sein, wenn sie überhaupt einen Zweck haben soll! (Lebhafter Beifall.)

Die fulminante Anklage der Gen. Löw rief sofort den

Innenminister Nosel

auf den Plan. Sollte einige Stunden vorher Minister Ströbinger in der Verberrschung des Bendrek seine Aufgabe gesehen, so bescheitigte sich jetzt sein Kollege, als die durch die Bendrekherrschaft der Polizei hervorgerufenen Ungerechtigkeiten mit dem Mantel der christlichen Nächstenliebe zu decken. Minister Nosel hatte sich seine Aufgabe sehr leicht gemacht:

Er gab einfach einen Bericht wieder, den ihm der Karlsbader Polizeikommissär zugesandt hatte!

Natürlich hat man in diesem Bericht die Polizisten und ihre Befehlshaber als die reinsten Unschuldengel hingestellt. Schuld an allem seien die Arbeiter, die, als der Durchzug zur Bezirksverwaltung bewilligt wurde, Rufe wie „Tschedsches Gefindel“, „Tschechische Hunde!“ usw. ausgestoßen hätten. Diese Rufe mußten die Meinung aufkommen lassen, daß die Arbeiter das Gebäude der Bezirksverwaltung stürmen (!) werden. Aber die Polizei — kein Engel ist so rein! — habe trotzdem weiter Ruhe und Ordnung bewahrt, bis die Menge Steine zu werfen begann! Der Minister weiß sogar, woher diese Steine stammten: es werde in der Nähe das Pfaster gerichtet, was bisher keinem Karlsbader bekannt war. Und weiter: auch mit Latte gingen die Leute gegen die Polizisten vor. (Der Polizeirat Totava weiß allerdings nur von einer Sodawasserflasche zu berichten! Anm. der Red.)

Da war natürlich die Polizei gezwungen, mit dem Bendrek vorzugehen,

wobei die Menge einen armen Polizisten umringt, entwaffnet und verprügelt habe. Ein anderer hätte fast geschossen (!), wenn die Menge nicht von ihm abgelassen hätte. Die armen Polizisten und nicht viellecht die Arbeiter, die Frauen, Greise und Kinder wurden also geschlagen und bedroht! Besser könnten wohl die Tatsachen in dem „amtlichen“ Bericht der Schuldigen nicht verdrückt werden...

Nach dem Bericht des Innenministers ist es ferner nicht wahr, daß viele Leute in die Tepl springen mußten, um sich vor den Gummimitteln der Polizisten zu retten. Im Gegenteil sei es nur dem

faßvollen und kalblütigen Verhalten der Polizisten

zu verdanken, daß es nicht zum Gebrauch der Schusswaffen kam. Es seien Vorfälle festgestellt worden, in denen Ordner die Wache besäimpten; der Ordner Heinrich Wlober habe sogar sein rotes Ordnenband heruntergerissen, um sich an den Ausschreitungen zu beteiligen! Nur in einem Falle habe die Wache die Waffe ziehen müssen, weil sie schwer bedroht war.

Nach dem Gesagten müsse der Minister feststellen, daß gegen die Polizisten keinerlei Vorwürfe erhoben werden können.

Der Innenminister begnügt sich also mit dem Bericht der an den Vorfällen schuldigen

Italien für die Ansprüche Brasiliens.

Genf, 11. März. Briand hat sofort nach seiner Ankunft die Besprechungen mit Vandervelde, Chamberlain, Scialoja und Styrski aufgenommen. Die Lage stellt sich infolge der gegnerischen Differenzen im Rat sehr kompliziert dar, da auch Italien bis zu einem gewissen Grade den intransigenten Standpunkt Brasiliens in Bezug auf die Forderung der Zuteilung eines ständigen Sitzes unterstützt und auch für Polen einen Ratssitz fordert. Spanien hat indessen keine Drohungen verkünden lassen, sondern nur bekanntgegeben, daß es aus dem Völkerbund in gleicher Weise austreten würde, falls seinem Wunsch nach einem ständigen Sitz nicht Rechnung getragen würde; doch besteht es nicht darauf, daß ihm der Ratssitz schon in dieser Session zugeteilt werde.

Es zirkuliert auch das Gerücht, die deutsche Delegation werde abreisen, um neue Instruktionen einzuholen; doch entbehrt diese Nachricht jeder Begründung, da die ganze Frage als interne Angelegenheit des Völkerbundes zu betrachten ist.

Polizei und wartet die unparteiische Untersuchung gar nicht ab. Er deckt feilschend die Ausschreitungen seiner Organe, ohne die Gegenseite überhaupt gehört zu haben!

In der Folge besahnte sich dann der Minister mit dem *U s n a h m s z u s t a n d i n F i s c h e r n*. Auch hier stützten sich seine Ausführungen auf den Bericht der Polizei.

Dabei erklärte der Minister unter spontanem Beifall der Koalition, daß die Republik gewisse kaiserliche Verordnungen und Gesetze, wie das Prügelpatent, mit gutem Willen übernommen und nach Bedarf geändert und ausgebaut habe!

Zur Begründung des Ausnahmezustandes weiß der Minister nichts anderes als die von uns bereits als gesetzwidrig nachgewiesene Begründung der Polizeiorgane anzuführen.

Gewerbeordnung und Prügelpatent sind auch dem Innenminister Grundlage genug, um eine standhafte Geschwändigkeit zu verteidigen!

Es muß einen daher nicht wundern, wenn der Innenminister feststellt, daß dem verhafteten Siegel „höchst wahrscheinlich“ nichts geschehen ist, daß die Ausrückung der Karlsbader Feuerwehr zu einem Begräbnis wegen des Ausnahmezustandes nicht beilligt wurde — *obzwar ja der Ausnahmezustand noch gar nicht verhängt war!* Ein so „gut“ und so „richtig“ informierter Innenminister muß natürlich auch erklären, daß es ungerührt sei, wenn in unserer Interpellation die Polizei so scharf angegriffen wurde.

Auch ein Umzug durch eine Stadt könne nicht gutgeheißen werden, denn das sei ein äußerst verantwortungsloses Vorgehen!

Und die Regierung werde, so schloß der Minister, stets mit allen Mitteln einschreiten, wenn die Ordnung gefährdet wird, da sie für die Existenz des Staates verantwortlich sei, den die Interpellierenden negieren. Unter stürmischem Beifall der Koalition versichert der Minister, daß die Regierung mit der hinter ihr stehenden Mehrheit (!) des Volkes stets am Platz sein werde, um Recht und Ordnung zu schützen.

Wie das in Karlsbad ausgefallen hat, haben die deutschen Arbeiter am eigenen Leibe erfahren. Die Antwort des deutschen Proletariats auf die, gelinde gesagt, sehr feltame Aufklärung des Innenministers über eine Geschwändigkeit wurde dem Minister in der heutigen Sitzung zuteil.

Genosse Dr. Heller

sahle all das, was wir dem Innenminister zu sagen haben, in folgender Rede zusammen:
Die Darstellungen des Innenministers über die Vorgänge in Karlsbad und Fischern beruhen vollständig auf den Mitteilungen der Polizei. Diese sind jedoch in den wichtigsten Punkten unwahr.

Es kamen weder Steindürfe vor noch fielen Rufe wie „tschechische Hunde“.

Diese Angaben sollen vielmehr jetzt nur dazu dienen, um den tschechischen Nationalismus anzujagen.

Dagegen halten wir die Behauptung, daß ein Arbeiter im Arrest schwer mißhandelt wurde, aufrecht.

Von welchem Geiste die polizeilichen Behörden befeht sind, möge man daran erkennen, daß in Jägerndorf vier Versammlungen mit der Begründung verboten wurden, daß am selben Tage der Präsident der Republik seinen Geburtstag feiere!

In der Karlsbader Angelegenheit steht nun Behauptung gegen Behauptung; nur eine unparteiische Untersuchung kann die Wahrheit feststellen.

Wenn daher unser Antrag auf Einsetzung einer parlamentarischen Untersuchungskommission abgelehnt wird, so verraten Sie damit ein schlechtes Gewissen, das die Untersuchung nicht verweigert.

Die Verfügung des Polizeikommissärs über den

Ausnahmezustand in Fischern

war ungesetzlich, weil der § 107 der Verfassung die Freiheit jedes Bürgers verbürgt und das Gesetz vom 14. April 1920, Nr. 300 die Voraussetzungen für die Erlassung solcher Verfügun-

gen regelt und auspricht, daß diese nur von der Regierung mit Zustimmung des Präsidenten erlassen werden können.
Durch die Verfassung und das Gesetz ist das Prügelpatent vom Jahre 1864 in den bezüglichen Bestimmungen aufgehoben worden, so daß

Jede gesetzliche Grundlage fehlt.

Bezeichnend ist, daß im früheren Parlament Resolutionen für die Aufhebung des Prügelpatents beschlossen worden sind und daß in diesem reaktionären Parlament der Innenminister unter dem Beifall der Mehrheit des Hauses die Anwendung des Prügelpatents verteidigt!

Es scheint übrigens, daß der Erlaß wegen des Ausnahmezustandes eine sinngemäße oder gar wörtliche Abschrift eines Erlasses des böhmischen Statthalters aus dem Jahre 1908 ist, die allerdings damals auf einem Beschluß der Regierung beruhte.

Redner bespricht dann die ungeheure Aufregung, welche sich der Bevölkerung bemächtigt hat, wenn auch

die Presse des deutschen Bürgertums sich damit begnügte, erlogene Berichte der Regierungspresse des bekannten Wolf in Saag wiederzugeben.

Die drohende neue Belastung der Arbeiterschaft

durch die Erhöhung der Zucker- und Spiritussteuer, des Zolls auf Kaffee und Tee, die Einführung fester Zölle auf Getreide und Mehl sowie durch die beabsichtigte Einschränkung der Arbeitslosen- und Invalidenunterstützung, die Verschlechterung der Krankenunterstützung usw. steigert die Empörung der Massen. Das alles geschieht zu einer Zeit, in der

von Arbeitern auf der Tagesordnung stehen. Obwohl unser Export nur 47 Prozent der Vorkriegszeit beträgt, wird seine Steigerung durch die tschechischen Agrarier dadurch verhindert, daß sie die Veratung der Handelsverträge nicht zulassen.

Das Gesetz über die Baubewegung, dessen Inkrafttreten zahllosen Arbeitern Arbeitslosigkeit verschaffen und die Wohnungsnot einschränken würde, verhindern die tschechischen bürgerlichen Parteien, ebenso wie das Gesetz über die Versorgung der über 60 Jahre alten Personen.

Zu all diesen wirtschaftlichen Nöten kommt noch die

Sprachliche Unterdrückung

durch die Sprachenverordnung! Der Justizminister meinte zwar, daß da nicht Demonstrationen, sondern die Diskussion am Platz sei: Eine Debatte, die bei der Beratung der Beamtenverträge im Subkomitee des sozialpolitischen Ausschusses verhandelt wurde, und eine Debatte, die der Ministerpräsident Svehla unter Brechung seines gegebenen Versprechens gerade bei der Sprachenverordnung verhindert hat!

Die Mehrheitsparteien lassen eine Diskussion nur zu, wenn nichts mehr geändert werden kann.

Redner vertreibt sodann auf die große wirtschaftliche Belastung der mittel- und kleinen Bevölkerung durch die Sprachenverordnung,

die Verdrängung von deutschen Beamten und Angestellten sowie von staatlich autorisierten Organen durch die Verordnung, die nur den Zweck habe,

den Söhnen der tschechischen Bourgeoisie ein Unterkommen

zu sichern. Die Sprachenverordnung verletzt den Artikel VII des Minderheitenschutzvertrages, der allen Staatsbürgern den angemessenen Gebrauch ihrer Sprache im mündlichen und schriftlichen Verkehr mit den Behörden garantiert, und sie muß daher Gegenstand der

Beschwerde beim Völkerbund

werden. Die Sprachenverordnung verletzt ferner viele Absätze der Verfassung, der Strafprozessordnung, der Zivilprozessordnung, der Gemeindeordnung und des Sprachengesetzes. Sie verheimlicht, daß in einer Gemeinde mit einer gröÙer-prozentigen tschechischen Bevölkerung die tschechische Sprache zur Verhandlungssprache gemacht wird, weil dies zur Folge hätte, daß die betreffenden Gemeinden mit den Behörden nur tschechisch verkehren müÙten.

Wir sehen daher die Sprachenverordnung als eine

Kriegserklärung

der Regierung an, wir werden den Kampf aufnehmen und durchführen, weil Recht und Gesetz auf unserer Seite sind! Unser Grundsatz ist, daß gleiches Recht für alle sein müsse, und daß der vereinzelte Tscheche im deutschen Sprachgebiet nicht mehr Recht haben kann als die Zehntausenden Deutschen im tschechischen Gebiete. Wir sind zu einer Vereinbarung über die Sprachenfrage bereit und haben diese Bereitschaft in beiden Häusern der Nationalversammlung wiederholt zum Ausdruck gebracht. Den und ausgesetzten Kampf werden wir bis zum siegreichen Ende durchführen! (Stürmischer Beifall.)

Tagesneuigkeiten.

Die gute Auskunft.

Der Dachbedermeister Drehsuß hatte einen Sohn, der auf der Dachbederschule in Glauchau „studierte“. Aber neben der Dachbederei sind Eduard — so hieß der Füllus — auch eine Dieberei mit einem sächsischen Mädchen an. Eifelotte Gebhardt hieß sie, ein reizendes Kind, das unserm Drehsuß junior den Kopf arg verdrehte.

Die Eltern erfuhren natürlich von dieser Geschichte. Da Eifelotte nur ein armes Hühnerchen war, das außer ihren roten Baden, blauen Augen und dem schwarzen Haar sonst nichts auszuweisen hatte, versuchten die beiden Alten, dem Sohn das sächsische Mädchen auszugeben. Aber der ließ von dem Eifelottchen nicht. Inzwischen hatte aber Meister Drehsuß von einem anderen Kollegen gehört, daß dieses Glauchauer Mädchen nicht ganz „ohne“ sei — etwas Geld wäre doch wohl vorhanden. Die Sache sah dadurch schon anders aus. Um aber ganz sicher zu sein, ließ der Vater von einem Freund in der Nähe von Chemnitz bei einem Auskunftsbureau über die Braut seines Sohnes Erkundigungen einziehen. Er tat es aber nicht selbst, um nicht „ins Gerde“ zu kommen, wie er sagte. Ein Chemnitzer Detektivbureau wurde beauftragt, über diese Eifelotte ganz genaue Erkundigungen einzuziehen.

Das geschah. Aber die Antwort aus dem Bureau war so klassisch, daß sie verdient, in der Zeitung einen Platz zu finden. Sie lautete nämlich so: Herrm Dachbedermeister Oben!

Betrifft: Recherchen über Eifelotte Gebhardt, Glauchau, G.B. 2004—2617.

Wir können Ihnen zu unserer großen Freude mitteilen, daß die Erkundigungen über E. G. durchaus nichts Nachteliges ergeben haben. Sie ist ein braves, fleißiges Mädchen, das den besten Leumund genieÙt. Nur einen dunklen Punkt konnten wir ausfindig machen: E. G. verkehrt jetzt mit einem jungen Dachbeder namens Eduard Drehsuß, der ein rechter Bruder Viederlich genannt werden kann. Wir haben uns nun auch — in Ihrem Interesse — über den Drehsuß erkundigt; wir haben festgestellt, daß diese lasterhafte Seite des Genannten ein ererbtes Uebel ist. Sein Vater ist der Dachbeder Drehsuß, der ein starker Alkoholfreund ist und ausgedehnte Viehbeständen unterhalten hat und noch unterhält. Daß ein solcher Lebenswandel auf den Sohn abfärbte, wird jedem einleuchten. Bei den Betroffenen ist die Hoffnung, daß Drehsuß jun., wenn er erst verheiratet sein wird, die schlechten Eigenschaften ablegt.

Ergebnis (Unterschrift.)

Der Dachbedermeister Drehsuß hat kein sehr geistreiches Gesicht gemacht, als er diese Auskunft über sich selbst gelesen hatte. Es ist niemals gut, wenn man eine schlechte Auskunft über sich selbst bekommt; so etwas kann nie passieren, wenn man die Sache selbst in die Hand nimmt, dann berichtet ein Auskunftsbureau nur Gutes.

Zu bemerken bleibt: noch, daß der junge Drehsuß das Mädchen wirklich geheiratet hat und daß aus dem Ehepaar Drehsuß schon eine ganze Reihe Zweiföhler hervorgegangen sind, die hoffentlich das Erb-übel vom Großvater nicht mehr weitererschleppen.

Verhandlungen zwischen dem Bühnenbund und dem Direktorenverband.

Im Sinne der Beschlüsse der Prager Vollversammlung des Verbandes der deutschen Bühnenleiter in der OÖR. vom 1. und 2. März fand am 9. März in Brünn eine ganztägige Beratung des vom genannten Verbande best. Alten Unterausschusses mit den Vertretern des „Bühnenbundes“ statt. Es nahmen daran teil die Herren Direktoren Demeß-Brünn, Benarini-Reichenberg, Weinert-Prag, Weninger-Gablonz und der Verbandsanwalt Dr. Krumpholz auf Seite des Direktorenverbandes, auf der Seite des Bühnenbundes waren erschienen die Herren Obmann Kopyla und die Vorstandsmitglieder Riedl, Regisseur Guth, Kapellmeister I. Homas-Aussig, Sekretär Schejwl und der Anwalt Dr. Freund. Es gelangten die verschiedenartigen Auslegungen einzelner Bestimmungen des bestehenden Kollektivvertrages zur Erörterung. In den meisten Punkten kam es zu einer grundsätzlichen Einigung, vorbehaltlich der Genehmigung der Verbandsversammlung. Besonders eingehend wurde die Anwendung des Gesetzes über die Arbeitszeit vom 19. Dezember 1918 auf alle Gruppen der Theaterangestellten und die vom Bühnenbund gewünschte Arbeitszeitung an den Theatern erörtert. Eine Einigung wurde in dieser hochwichtigen Frage noch nicht erzielt. Es sind vor allem systematische Feststellungen über die Arbeitszeitung und Dauer der einzelnen Theaterangestellungskategorien notwendig, nach deren Durchführung die Verhandlungen fortgesetzt werden.

Der würdlose Rückzug der deutschen Fürsten aus der Weltgeschichte.

Der schamlose Versuch der deutschen Fürsten, das schwer kämpfende deutsche Volk auszugeben, stößt im Ausland auf Verachtung. Die *„Nationalzeitung“* schreibt: Bei 24 Millionen Arbeitelassen 10 Millionen Mitbedrossenen und wöchentl. 50 Selbstmorden aus Lebensnöten allein in Berlin, bedrängen die abgesetzten deutschen Fürsten ihre ungetreuen ehemaligen Landesfürsten um Alimente im Betrage von rund drei Milliarden Mark. Ebenfalls aus Lebensnot?

Die geplante und durch einige willfähige Gerichte erster Instanz sogar gutgeheiÙene und be-

Rundfunk für Alle!

Programm für heute, den 12. d. Fr.

Prag, 16.30: Konzert; 19: Deutsche landwirtschaftliche Sendung; 20.02: Konzert; 21.15: Schlüßzene aus „Cyrano de Bergerac“ — Brünn, 19: Konzert; 20.10: Konzert; — London, 22.50: „No, no, Nanette“. — Paris, 21.30: Konzert. — Berlin, 20.30: „Von Morgen bis Mitternacht“. — Leipzig, 20.15: Komponisten-Abend. — Breslau, 20.15: „Der Raub der Sabinerinnen“. — München, 20: Konzert. — Frankfurt, 20.15: Gasspielsabend. — Wien, 19: Aus der Staatsoper. — Zürich, 20.30: Romantikerabend.

Wellenlängen der Stationen: Prag 368, Brünn 521, London 365, Paris 1750, Berlin 505 und 576, Stuttgart 443, Leipzig 452, Breslau 418, München 485, Frankfurt 470, Wien 530, Zürich 515

förderte Ausbeuterei soll radikal eine Volkssinitiative verhindern, wozu vom 4. März ab überall die Zeichnungslisten aufgelegt werden; die Initiative verlangt die Enteignung der Fürsten bis auf den letzten Pfennig. Ob das Enteignungsgesetz im Reichstag die nötige Zweidrittelmehrheit findet, ist sehr zweifelhaft, aber die Initiative selbst wird mit Millionen auch gutbürgerlicher Stimmen gefüllt werden.

Selten war ein Rückzug aus der Weltgeschichte würdloser als dieses letzte öffentliche Auftreten der deutschen Fürsten. Der Skandal ist eine große Reflexion und auch Veruhigung für die Republik; denn es gibt kaum einen der ehemaligen Potentaten, dessen Gesinnung der Abfindungsstand nicht irgendwo kompromittierte. Die republikanische Presse hat ein Propagandamaterial zur Hand, wogegen die monarchistische und nationalistische nicht mehr wird auskommen können.

Während man im Ausland mit Verachtung auf die würdlose Begehrlichkeit blickt, gibt es in Deutschland noch Parteien, die die niedrige Gesinnung gutheiÙen, die aus den Fürstenforderungen spricht. Das Volksbegehren unterzeichnen, heißt die Würde der Deutschen gegen die Würdlosigkeit der Fürsten wahren.

Die Hörer der Brünnner tschechischen Hochschule gegen Professor Pardubichy.

Mittwoch, den 10. d. M., fand im Brünnner Stadion eine mächtige Protestkundgebung der gesamten tschechischen Studentenschaft Brünns gegen die Rehabilitierung des Prof. Pardubichy statt. Der von der Disziplinarkommission der Brünnner tierärztlichen Hochschule disqualifiziert worden war. Der Kampf richtete sich hier prinzipiell gegen die Hochschulautonomie und es scheint, daß die tschechische Studentenschaft geschlossen hinter ihren Führern steht. Nachdem einige studentische Redner unter großem Beifall zur Tagesordnung gesprochen und sich insbesondere gegen die Auffassung des Ministeriums gewandt hatten, daß hinter der Bewegung angeblich „unverantwortliche Elemente“ ständen, die irgendein Interesse an dem Streife hätten, überbrachte auch Techniker Schönherz namens der Arbeitsgemeinschaft deutscher sozialistischer Akademiker (in welcher die sozialdemokratische Studentengruppe nicht vertreten ist) eine Solidaritätserklärung. Sodann ergriffen noch einige Professoren der Masaryk-universität das Wort, um zu betonen, daß die Sache ihnen von der Studentenschaft entgegenkam. Von der Versammlung, der mehr als 2000 Personen beiwohnten, wurde eine Denkschrift an den Präsidenten der politischen Landesverwaltung und an die Rektoren der Brünnner Hochschulen überbracht. In der in Frage kommenden Denkschrift heißt es, daß die Bewegung gegen Prof. Pardubichy weder von rechts noch von links radikalen Elementen hervorgerufen worden sei, sondern eine spontane Kundgebung der gesamten Studentenschaft ohne Rücksicht auf die Parteilichung darstelle. Pardubichy werden zahlreiche Verfehlungen, insbesondere wegen seines pädagogischen und gesellschaftlichen Verhaltens und wegen gerichteter Äußerungen vorgeworfen. Das starke Polizeiaufgebot erwies sich als völlig überflüssig, da die Versammlung sich in voller Ruhe auflöste.

Demokraten für den Volksscheid.

Die Spandauer Demokraten haben an alle ihre Anhänger und Wähler die Aufforderung gerichtet, sich zahlreich in die Listen für den Volksscheid einzutragen. Dieser Beschluß ist in einer stark beachteten Mitgliederversammlung fast einstimmig gebilligt worden. Die Haltung der demokratischen Reichstagsfraktion wurde nicht gutgeheiÙen. Es wurde bedauert, daß mitten im Kampfe die Parole von der Parteilichung auf Wahlenthaltung ausgegeben wurde. In der Tat haben sich bereits zahlreiche Demokraten in die Listen eingetragen lassen. Der demokratische Bezirksvorsitzende Dr. Hirschfeld, der Vorsitzende der Spandauer Ortsgruppe, hat in der letzten Sitzung der Bezirksversammlung ausdrücklich sich für den Antrag auf entschädigungslose Enteignung der deutschen Fürsten eingesetzt. Die Spandauer Demokraten richten an die Parteien, die den Volksscheid unterstützen, die Bitte, daß die Listen nach Feststellung des endgültigen Ergebnisses vernichtet werden.

Marconi wird operiert. Marconi hat sich in einer Londoner Privatklinik einer als ungefährlich bezeichneten Operation unterwerfen müssen. Er wird in 14 Tagen eine Erholungsreise zum Mittelmeer antreten.

Der Konkurs des Dr. Unfsutig. Die Mitteilung der Arbeiter-Zeitung vom 8. d. über die Zahlungsunfähigkeit der Antikrolowerke, denen es unter Aufsichtung einer ungeheuren, und wie sich jetzt herausstellt, auf Kosten anderer betriebenen Klame gelungen war, ihre weit über ihren Wert bezahlten Präparate in ganz bedeutenden Mengen abzusetzen, möge durch den Hinweis auf einen in der deutschen Apothekerzeitung veröffentlichten Bericht über die Analyse des vielgepriesenen „Antikrolofubades“ ergänzt werden. Nach der von Dr. Rosahn von der Technischen Hochschule in Braunschweig ausgeführten Untersuchung besteht dieses Pulver in der Hauptmenge aus etwa sechzig Prozent roher Soda neben vierzig Prozent doppelkohlensaurem Natron. Vielleicht wird diese Mitteilung die Möglichkeit bieten, sich die Annehmlichkeiten eines solchen Fuhbades um sehr vieles billiger zu verschaffen.

Einträglicher Schwindel mit einem Rätselspiel. Seit einiger Zeit trieb der 25jährige Kaufmann Anton Wimmer mit einem neuen Gesellschaftsspiel, dem er den Namen „Teufelsrad“ gab, einen gewinnbringenden Schwindel. Nun wurde er verhaftet, aber erst nachdem er vielen Leuten durch seinen schlau eingefädelten Betrug Geld herausgelockt hatte. Das Spiel hätte wahrscheinlich nur geringes Interesse geweckt, wenn sein Erfinder es nicht mit einer Rätselanschreibung verquidelt hätte. Das „Teufelsrad“ bestand aus einer Pappschachtel mit einem Spielplan, der Felder und Nummern aufwies, zu verschiedenenfarbigen Holzklötzchen und einem Würfel. Als Preis für das Spiel waren 2 Schilling einzulösen. Um einen möglichst großen Absatz zu erzielen, hat der Mann gleichzeitig ein Silbentafel veröffentlicht und jedem „Einfender der richtigen Lösung eine Prämie von 60 Schilling versprochen. Die Beteiligung an dem Preisauschreiben machte er vom Kaufe des Spieles abhängig. Da eine ganze Reihe von verschiedenen Lösungen möglich ist und die richtige Lösung nur durch einen Zufall gefunden werden kann, erhielten von rund 22.000 Einfendern, die natürlich auch das Spiel hatten kaufen müssen, nur sieben die gesunde Prämie. Der Mann hat also ein fertiges Millionengeschäft gemacht. Das Spiel selbst hat einen Wert von 70 Groschen. Wimmer, gegen den auch ein Haftbefehl des Amtsgerichtes München (Strafgericht) wegen eines ähnlichen in Deutschland begangenen Schwindels besteht, wurde wegen Verdachts des Betruges der Staatsanwaltschaft angezeigt und im Hinblick auf den Haftbefehl dem Landesgericht eingeliefert. Der Mann wohnt in der Türkenstraße Nr. 83 und hatte seine Geschäftsräume im Hause Währingerstraße Nr. 157.

Eine Diebstahlsbande aus Schülern. Als Urheber von zahllosen Vandalendiebstählen und Schutenscheinbrüchen der letzten Zeit in Oberwalde sind jetzt durch die dortige Kriminalpolizei sieben Volksschüler im Alter von elf bis vierzehn Jahren verhaftet worden, die eine Diebstahlsbande organisiert hatten und planmäßig Diebstähle und Einbrüche ausführten.

Stürme in England. Die schweren Stürme, die Großbritannien und den Kanal heimsuchen, haben in unveränderter Stärke an. Im schottischen Hochland haben starke Schneefälle die Straßen zum großen Teil unpasseierbar gemacht. In einigen Orten der Grafschaft Inverness sind zahlreiche Häuser gänzlich eingeschneit, so daß die Bewohner von der Außenwelt abgeschnitten sind.

Ein Schwindler. In der letzten Zeit trieb sich in Ostpreußen und Mähren ein fein und elegant gekleideter Mann herum, der auch ein so sicheres Auftreten hatte, daß er niemals verdächtig wirkte. Er besuchte meistens Klosterschulen und ähnliche Anstalten, wo er sich mit einer Visitation, auf welcher in tschechischer Sprache „J. U. Dr. Milos Stojan, red. minister socialni pece“ stand, legitimierte. Er revidierte und besichtigte alle Schulräume und andere Lokalitäten, wobei er von den Leuten Gelder herauszulocken versuchte. In Jägerndorf lockte er bereits einem Wachmann 500 K heraus. Es wird daher überall vor ihm gewarnt.

Ein Hase die Todesursache eines Menschen. Am 2. März d. J. fuhr der Fleischwurmmeister Theodor Bellebrand aus Troppau mit seinem Behring von Reuhof nach Troppau in einem Einspännerwagen. Zwischen den Gemeinden Blatnik und Jaktar sprang plötzlich aus dem Strohengraben ein Hase heraus; das Pferd schaute und der vordere Teil des Wagens hatte sich aus. Der rückwärtige Teil überschlug sich, wobei der Behring herabgeschleudert wurde, wogegen Bellebrand selbst unter dem Wagen bewußtlos liegen blieb. Bald darauf wurde er von der Troppauer Rettungsgesellschaft in seine Wohnung überführt, wo er jedoch nach drei Tagen seinen inneren Verletzungen erlag. Der Behring erlitt nur kleinere Verletzungen. Das Pferd jagte in rasendem Galopp gegen Jaktar, wo es erst von einem Manne angehalten wurde.

Versuchter Mordanschlag auf einen Prüfungskommissar. Am 5. März hat vor einer Prüfungskommission für Maurermeister in Troppau der 33jährige Eisenbahnbedienstete Johann Katrnal aus Zschow bei Aug. Gradisch in Wahren, wohnhaft jetzt in Straz und verheiratet bei der hiesigen Lokalbahn bedienstet, eine Maurermeisterprüfung ablegen wollen. Als ihm von der Kommission mitgeteilt wurde, daß er die Prüfung wahrscheinlich nicht bestehen werde, geriet Katrnal in Aufregung, zog im Prüfungslokal eine Pistole und wollte ein Mitglied der Kommission erschießen. Glücklicherweise verpagte die Waffe und der Schuß ging nicht los. Als nun Katrnal den Mordversuch sah, warf er die Pistole fort, sah sich selbst bei der Polizei melden. Er hatte die Absicht, den Troppauer Baumeister Flieger, der Prüfungskommissar war, zu erschießen.

Der direkte Telefonverkehr London—Berlin wird am 15. März eröffnet werden. Dadurch wird

Aus Genf.

Die Delegationsführer nach einer Besprechung im Hotel „Beau Rivage“.



Von links nach rechts: Scialoja (Italien), Vanderbeke (Belgien), Luther (Deutschland), Briand (Frankreich) und Stresemann (Deutschland).

eine schon lange schmerzlich empfundene Lücke ausgefüllt, da bisher nur ein indirektes Sprechen mit London möglich war. Man mußte entweder in Paris oder in Amsterdam ein Reisli haben, was die Kosten erheblich gesteigert und die Durchführung der Gespräche wesentlich verzögert hat. Die neue direkte Telefonverbindung wird nicht zu allen Tagesstunden, sondern lediglich zwischen 6 Uhr abends und 7 Uhr morgens in Betrieb sein.

Der Rundfunksender Berlin wird seine Vorführungen demnächst aus einem neuen Aufnahme- raum empfangen. Der Rundfunk ist bekanntlich geradezu über Nacht in Deutschland verwirklicht worden. Es war keinerlei Zeit zu langen Vorbereitungen und zur Auswertung von Erfahrungen. So sagte am Vormittag des 29. Oktober 1923 der Staatssekretär Dr. Bredow zu Direktor Knöpfe, daß man abends beginnen wolle. Mit schnell zusammengeholten Rüststücken wurde Punkt 8 Uhr das erste Programm in die Welt gesandt, und zwar aus einem mehr als primitiven Aufnahmezimmer. Das ganze Zimmer war nur sieben Meter lang, und 3,70 Meter breit. Inzwischen hat man neue Aufnahmezimmer nach dem Muster Englands und der Vereinigten Staaten geschaffen, bei deren Bau man von den akustischen Voraussetzungen ausging, die dem Aufnahmezimmer eines Senders gewisse Bedingungen vorschreiben. Der Raum muß besonders verastelt und muschelartig gestaltet werden, um die Zurückwerfung des Schalles zu begünstigen. Proben haben bereits gezeigt, daß der Ton in dem neuen Vorführungsraum des Berliner Senders außerordentlich stark, voll und plastisch entwidelt und weitergegeben wird. Der neue Raum ist neun Meter breit und 18 Meter lang.

Das berühmte Palais des amerikanischen Milliardärs Rockefeller in New York ist einem Brande zum Opfer gefallen, durch den beinahe das ganze aus Marmor gebaute Haus zerstört wurde. Unzählige unersetzliche Kunstschätze und Antiquitäten sind von dem Feuer erfaßt und vernichtet worden. Der Schaden beläuft sich auf mehrere Millionen Dollars.

In der Badewanne ertrinkt. Unter dem Verdacht, seine 50 Jahre alte Ehefrau in der Badewanne ertrückt zu haben, ist der 53jährige Berginvalide Keller in Lugau im Erzgebirge von der Chemnitzer Kriminalpolizei verhaftet worden.

Kugelhagel, als zu Augsburg. An heißen Tagen wandern in Augsburg Männlein und Weiblein in Scharen an den Wertachkanal, um dort zu baden. Daran nehmen gestittete Menschen beiderlei Geschlechts den üblichen Anstoß, denn das Baden an dem Wertachkanal geht in einer Form vor sich wie an der Saar, am Rhein und an anderen Wasserläufen, ungewungen, nämlich unter freiem Himmel und ohne strenge Trennung der Geschlechter. Diesem „Treiben“ soll ein Riegel vorgezogen werden. Man beabsichtigt darum, eine Badehütte zu erstellen, damit „geordnete“ Zustände herbeigeführt werden können. Da die Hütte aber viel zu klein geplant ist, um den Zwecken nur einigermaßen entsprechen zu können, lehnten Sozialdemokraten, Kommunisten, Mittelparteiler, die Wirtschaftsgemeinschaft und einzelne Stadträte anderer Fraktionen die Vorlage ab. Deshalb große Aufregung bei der Bayerischen Volkspartei, die schwer in Sittlichkeit machte und den anderen blutrünstige Rache schwor. Darüber herrscht nun allgemeine Heiterkeit.

Eine erschütternde Verzweiflungstat. Die 19jährige Tochter des Schuhmachers Krejčík aus Budweis lebte vor kurzer Zeit aus Frankreich zurück, wo sie in einer Fabrik angestellt war. Ihre Rückkehr erfolgte über Wunsch ihrer Eltern. Nun suchte das Mädchen in ihrer Heimat Arbeit und konnte keine finden. Aus diesem Grunde kam es wahrscheinlich des Mordes zu Familienzweigen, die schließlich das unglückliche Mädchen in den Tod trieben. Eines Tages, es war gerade zu Mittag, stürzte das Mädchen mit fliegenden Haaren laut schreiend auf die Straße und eilte in der Richtung zur Bahn davon. Bei ihrer Flucht stolperte sie, fiel zu Boden und blieb ohnmächtig liegen. Leute schafften sie in eine nahegelegene Trafik, wo sie bald wieder das Bewußtsein erlangte. Doch ergriff sie bald wieder die Flucht und eilte über die Wiesen zu dem nahegelegenen Gleis der Prager Strecke. Leute, die sie verfolgten, konnten sie nicht

einholen, weil sie auf der Flucht die Schuhe weggeworfen hatte, um besser laufen zu können. Eben erreichte sie das Gleis, als ein Zug aus Wesseln die Strecke dahergebraust kam. Der Maschinenführer verlor den Zug zum Stehen zu bringen — zu spät! Die Lokomotive zerschchnitt das unglückliche Mädchen.

Genickstarre in Bilsen. Nach amtliche Mitteilung wurden bisher vier Soldaten unter Erscheinung von Genickstarre in die Infektionsabteilung des Allgemeinen Krankenhauses gebracht. Die Prager Militärbehörde hat den Bakteriologen Obersten Sachl nach Bilsen gesandt, um die nötigen Maßnahmen zu treffen.

Der Prager Fremdenbesuch 1925. Auf Grund der von Hotels und den Gasthöfen gemeldeten Daten haben im Jahre 1925 354.040 Personen Prag besucht. Von diesen Besuchern entfallen auf die Tschechoslowakische Republik 289.000 Personen (81,8 Prozent) und auf Ausländer 64.440 Personen (18,2 Prozent). Das größte Kontingent der Besucher stellte Deutschland mit 19.290, dann folgt Österreich mit 15.114, Polen mit 4190, Rumänien mit 3362, Ungarn mit 3053, Holland mit 2419, Frankreich mit 2227, Jugoslawien mit 2172, England mit 2151, Italien mit 1480, auf die übrigen europäischen Staaten von Nordamerika 4034, auf das übrige Amerika 131, auf Asien, Afrika und Australien 393 Besucher.

Sozialismus und Hochschule.

Die Thesen des Verbandes der sozialistischen Studenten Oesterreichs.

Die Reaktion an den deutschen Hochschulen hat in den letzten Jahren die schwersten Folgen gezeigt, sie hat ihre Hauptstütze in den akademischen Quartieren gefunden und das Interesse der revolutionären Arbeiterschaft wandte sich naturgemäß den Ursachen der Gegenrevolution zu. Auch bei uns gab es in der Nachkriegszeit Hochschulbewegungen, die in weiten Kreisen der Arbeiterschaft Widerhall fanden. Sind wir auch heute bei uns nicht imstande, auf das Hochschulwesen entscheidend einzuwirken, so sind in anderen Ländern die Hochschulen durch den Angriff der sozialistischen Parteien und Studenten in ihrem reaktionären Charakter bedroht. Die österreichischen sozialistischen Studenten haben nunmehr ihr Programm in einer Reihe von sehr interessanten Thesen festgelegt.

Am 6. und 7. März hielt der „Verband der sozialistischen Studenten Oesterreichs“ im Gatorytschloß seinen Verbandstag ab. In den letzten Jahren hat sich an den Hochschulen Oesterreichs eine starke sozialistische Hochschulbewegung entwickelt, die heute 1720 Mitglieder zählt und die es verstanden hat, wiederholt mit Erfolg den reaktionären Bestrebungen der Studentenschaft und der Akademischen Behörden entgegenzutreten. Die organisierte Arbeiterschaft, die den reaktionären Geist der heutigen Hochschulen kennt, weiß, von welcher Bedeutung diese sozialistische Bewegung ist. Die zahlreichen Begrüßungen, mit denen die Tagung eröffnet wurde, gaben dafür den besten Beweis. Erfreulich ist der Bericht über das abgelaufene Jahr. Alle angeschlossenen Seminare und Kurse (183) und die großen Veranstaltungen des Verbandes zeigen von der reichen Bildungstätigkeit, die durchgeführt wurde. Daneben ist es vor allem die „Wirtschaftshilfe der Arbeiterstudenten Oesterreichs“, die die wirtschaftlichen Interessen des Verbandes vertritt und die auf eine wirksame Tätigkeit zurückblicken kann.

Mit großem Interesse wurde am zweiten Verbandstag das Referat des Genossen Altman über „Unser hochschulpolitisches Aktionsprogramm“ entgegengenommen. Der Referent schlug der Versammlung 14 Thesen zur Annahme vor:

1. Grundlage sozialistischer Hochschulpolitik ist die Tatsache, daß die heutigen Hochschulen weniger die Funktion erfüllen, Stätten der Wissenschaft und freien Forschung zu sein als vielmehr der Aufgabe dienen, Fachmänner heranzubilden, die das kapitalistische Wirtschaftsleben als leitende und zuverlässige Funktionäre braucht. Die heutigen Hochschulen werden also durch ihren Klassencharakter gekennzeichnet.

2. Die heutigen Hochschulen sind in ihrem ganzen Aufbau Rechtspolitionen der Bourgeoisie und

als solche durch eine tiefe Kluft vom arbeitenden Volke getrennt. Hochschulfragen dürfen nicht die Angelegenheit weniger oder einer „universitas doctium et discentium“, sondern müssen Angelegenheit des ganzen Volkes sein.

3. Das Endziel sozialistischer Hochschulpolitik ist die Schaffung einer Schule der freien Forschung und wirklich unabhängiger Wissenschaft. Erst in der klassenlosen Gesellschaft des Sozialismus kann dieses sozialistische Ziel erreicht werden.

4. Die schonungslose Aufzeigung des Klassencharakters der heutigen Hochschulen, dann aber vor allem die Bekämpfung der Auswüchse der Tendenz, die die Hochschulen völlig zu Herrschaftsinstrumenten einer Klasse machen, sind die heutigen Aufgaben sozialistischer Hochschulpolitik.

5. Nicht nur der wissenschaftliche Sozialismus muß auf dem Forum für den Kampf der Geister gleichberechtigte Ausdrucksmöglichkeit erlangen, es darf auch der Gedankeninhalt der aufstrebenden Arbeiterklasse nicht vor den Toren der Hochschule halt machen. In Studienplan und Lehrplan müssen die Disziplinen der sozialistischen Wissenschaften Eingang finden.

6. Umbau der Hochschulen ist nur möglich, wenn der Hochschullehrer durch eine Auswahl bestimmt wird, die wirklich nur von wissenschaftlichen Erwägungen getragen und vom Volke kontrolliert wird. Dann aber auch, wenn die sozialistische Bewegung, die große Bewegung der Gegenwart und der Zukunft, ihren Boden an der Hochschule findet, gleichberechtigt mit jeder anderen.

7. Der Kampfboden für die sozialistische Hochschulpolitik, der Kampfboden für die sozialistische Studentenschaft ist die Hochschule. Der Kampf geht auf dem Boden der Hochschule um die Studentenschaft.

8. Offen oder heimlich wirken Hochschulbehörden und reaktionäre Studentenschaft zusammen. Um die Verwaltung der Hochschule durch wirklich unparteiische und der Öffentlichkeit verantwortliche Behörden geht der Kampf.

9. Die Hochschule als Kampfboden erfordert aktives Eingreifen der sozialistischen Studenten bei Hochschulskandalen, bei Übergriffen reaktionärer Politik auf den Hochschulen.

10. Demokratische Verwaltungskörper sämtlicher ordentlicher Höherer zur Mitwirkung bei wirtschaftlichen, disziplinären und Verwaltungsfragen können allein eine demokratische Verwaltung und Führung der Hochschulen garantieren. Gesehliche Einführung der allgemeinen Studentenvertretung ist ein notwendiges Mittel zur Demokratisierung der Hochschulen.

11. Der Zugang zu den Hochschulen muß den Schönen des arbeitenden Volkes ermöglicht werden. Der Staat hat dafür zu sorgen, daß jeder dazu begabte zum Nutzen der Allgemeinheit an die Hochschule kommen und die Graduierung erlangen kann.

12. Die Vertretung der Interessen proletarischer Studenten durch wirtschaftliche Aktionen auf den Hochschulen dient dem Proletariat und ist somit Aufgabe sozialistischer Hochschulpolitik.

13. Die Hochschule soll den Studenten auf das Berufsleben vorbereiten. In Anpassung an die Forderungen des Berufes muß aber auch die Hochschule ihr Pflichtstudium einrichten.

14. Der Umbau der Hochschule ist ein Teil der Schulreform, um die das arbeitende Volk kämpft. Nur das organisierte Proletariat und in ihm eine klassenbewußte Studentenschaft wird das hohe Ziel erreichen können.

Mit großem Beifall wurden diese Thesen angenommen.

In der Diskussion wies vor allem Genosse Stark darauf hin, daß es unbedingte Notwendigkeit sei, der beruflichen Vertretung der Studenten Aufmerksamkeit zu widmen. Er schlug eine Resolution vor, die einstimmig angenommen wurde, und in der die Gründung von gewerkschaftlichen Hochschulgruppen, in denen die Studenten auf die gewerkschaftliche Arbeit des Berufslebens vorbereitet werden sollen und die die sachlichen Interessen der sozialistischen Studenten in klassenbewußter Politik wahren, gefordert wird.

Auch zur Anschließfrage nahm der Verbandstag Stellung und die sozialistischen Studenten Oesterreichs gaben ihrem Willen in folgender Resolution Ausdruck:

„Der Verbandstag trägt seine Stimme bei zu dem Rufe des österreichischen Proletariats nach dem Anschlusse an Deutschland. Wir wollen einerseits als Mitglieder einer der bestorganisierten Arbeiterparteien Europas durch den Druck auf die Regierung eine europäische Reaktion verstärken und wir sind andererseits überzeugt, daß eine Menge der Fragen, die jetzt unsere Arbeit hemmen, sich von selbst lösen wird, wenn wir in das große Wirtschaftsgebiet und somit in den weltpolitischen Ideenbereich der Deutschen Republik eingereicht sein werden.“

Die im Verbande organisierten Sudeten- deutschen brachten eine Resolution ein, in der sie der Märgefallenen erinnerten:

„Es ist unsere Pflicht, an unserem Verbandstage daran zu denken, die im März 1919 durch ihr Eintreten für das Selbstbestimmungsrecht der Deutschen in der Tschechoslowakischen Republik ihr Blut vergossen haben. Ausschließlich Arbeiter, Arbeiterinnen und Beamte sind die Opfer der Märztage. Wir wollen aber, wenn wir der Märtpfer gedenken, die Anerkennung für das selbstlose Eintreten für eine berechtigte Forderung nicht mit Dageganken gegen die wachsende Kraft einer erwachenden Nation verbinden.“

Der Verband steht vor großen Aufgaben und tritt als bedeutendste sozialistische Studentennorganisation mit einer schweren Verantwortung beladen in sein neues Arbeitsjahr ein.

In jede Arbeiter- und Gemeindebücherei

gehört das Buch von Dr. Emil Strauß:

„Die Entstehung der deutsch-böhmischen Arbeiterbewegung.“

Erhältlich in allen Volksbuchhandlungen.

Volkswirtschaft.

Lohnbewegung im nordmährischen Baugewerbe

Da, wie allgemein bekannt, die Löhne der nordmährischen Bauarbeiter zu niedrig sind, so daß ein Bauarbeiter keine Familie kaum zu ernähren vermag, haben die Bauarbeiter beschlossen mit Lohnforderungen an die Bauunternehmer heranzutreten. Der Deutsche Bauarbeiterverband in Reichenberg, dessen Mitglieder die nordmährischen Bauarbeiter sind, wurde beauftragt, den Unternehmern und dem Arbeitgeberverband die Forderung nach einer 20prozentigen Lohnerrhöhung und einer entsprechenden Lohnklasseneinteilung zu überreichen. Dies ist auch geschehen. Der Arbeitgeberverband in Olmütz trat aber die Forderungen an die Baumeistergenossenschaft in Olmütz ab und diese verhandelte am 5. März mit den Vertrauensmännern des Deutschen Bauarbeiterverbandes. Bei diesen Verhandlungen legten die Unternehmer genau dasselbe Verhalten an den Tag wie im Vorjahre, womit sie die ausgebeutete Bauarbeiterschaft nur foppen und schließlich zum Streik zwingen. Denn sie erklärten auch diesmal wieder, daß statt einer Lohnerrhöhung ein Lohnabbau eintreten soll, ändern aber schließlich ihren Standpunkt dahin, daß die bisherigen Löhne unverändert auf ein weiteres Jahr erstreckt werden, schnten also jede Lohnerrhöhung und die Lohnklasseneinteilung nach Bezirken entschieden ab.

Die Arbeitervertreter wiesen nach, daß die gestellten Forderungen dringend notwendig und gerecht sind. Die Bauunternehmer aber bestritten dies wieder. Einige erklärten, daß nur Arbeit die Hauptsache ist. Andere erklärten wieder, daß die jetzigen Löhne den Vorkriegslöhnen schon entsprechen (Anm.: Das mag bei dem Rebbach der Baumeister zutreffen), und wieder einige andere erklärten, daß die jetzige Lebenshaltung der Arbeiterklasse keine so hohe sei, wie sie statisch nachgewiesen wird, sondern daß die jetzigen Lebenskosten nur fünf- bis sechsmal so hoch sind wie vor dem Kriege. Selbst der jetzige Finanzminister hat am 24. Februar l. J. im Sozialpolitischen Ausschuss des Abgeordnetenhauses zugegeben, daß die Steuerlast eine zehnfache, das Einkommen aber ein nur siebenfaches als vor dem Kriege ist. Demnach müßten eigentlich sämtliche Löhne aller Berufe in der Tschechoslowakei um 30 Prozent erhöht werden, was aber immer noch keine Verbesserung der Vorkriegslebenshaltung der Arbeiter bedeuten würde. Als dies den „deutschen“ Bauunternehmern vorgehalten wurde, bestritten sie auch dies, und als die Arbeitervertreter darauf verwiesen, daß nach den Plänen der Regierung verschiedene Lebens- und Gebrauchsartikel wesentlich verteuert werden sollen, und daß die Einführung von festen Zöllen bevorsteht usw. bestritten sie auch dies mit der Bemerkung „wer weiß, ob das kommen wird“.

Es blieb also den deutschnationalen Baumeistern vorbehalten, selbst das alles zu leugnen, was die tschechoslowakische Regierung selbst als drückend und ungerecht für die Arbeiterklasse zu gibt. Rechnen wir prozentuell wie der Finanzminister, so ergeben die Lohnverhandlungen in Olmütz, daß die deutschnationalen Bau- und Maurermeister Nordmährens um 30 Prozent arbeiterfeindlicher sind, als es selbst die tschechoslowakische Regierung mit ihren Koalitionsparteien ist. Diese Verhandlungen, die vorläufig ergebnislos verliefen, sind für die Arbeiterklasse deshalb sehr interessant, weil sie so klar zeigen, was die Arbeiterklasse zu erwarten hätte, wenn die deutschnationalen am Staatsruder sitzen würden. Und da wagen es noch die deutschnationalen, nach der Einheitsfront mit der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterklasse zu rufen.

Deutschen kann nur durch Deutsche geholfen werden, sagen sie, denken nun sie aber dabei nur an den Geldsack und an die Ausbeutung der Arbeiterklasse. Die Bauarbeiterklasse Nordmährens wird nun zu den arbeiterfeindlichen Vorkämpfern der Unternehmer Stellung nehmen und Antworten geben. Wenn die Unternehmer glauben sollten, daß sie die Bauarbeiterklasse foppen können, so wird sie die Zukunft eines Besseren belehren. Bauarbeiter, Zugang nach Nordmähren ist ferngehalten!

Devisenkurse.

Prager Kurse am 11. März.

	Soll	Haben
100 holländische Gulden	135,50	1361,50
100 Reichsmark	895,50	899,50
100 belgische Franken	158,50	154,45
100 Schweizer Franken	149,75	152,75
1 Pfund Sterling	133,97,50	137,17,50
100 Lire	135,92,50	137,32,50
1 Dollar	33,70	34,00
100 französische Franken	124,80	125,20
100 Dinar	59,72,50	60,22,50
10.000 ungarische Kronen	4,72,12	4,82,12
100 polnische Zloty	444,50	450,50
100 Schilling	471,25	480,25

Der Film.

Die Gräfin aus Pöbstlitz (nach dem Bühnenstück von Dr. Al. Rodinsky). Die Vorlage ist eine rührend einfältige Familiengeschichte und daher ist auch der Film von dieser gewissen Gartenlaube-Stimmung getränkt. Anny Ondrakova spielt eine Wittstochter, deren Vater und aufgewachsener „Bräutigam“ wegen Geldgiererei (allerdings nicht aus „patriotischen“ Gründen wie in Ungarn, sondern um ihr eine leichtere Zukunft bereiten zu können) in Gefängnis kommen, und die von einem richtiggehenden Grafen (Karel Vamad) geliebt und geheiratet wird. Als nun ihr Vater aus dem Gefängnis zurückkehrt, kommt es natürlich in der hochgeborenen Familie zu einem Krach, der aber zum Schluß ein glückliches Ende findet. Gespielt wurde, wie wir es in tschechischen Filmen gewöhnt sind, Anny Ondrakova übertreibt manchmal zu arg und sonst wären in dem Film nur einige gelungene Bilder hervorzuheben. S. W. S.

Rae Murray, die als Wiener Model feierlichst Mizzi König hieß, tritt derzeit in einem amerikanischen Varieté auf, wo sie wöchentlich die Kleinigkeit von 7000 Dollar erhält (etwa 240.000 Kč).

Mary Pickford's nächster Film führt den Titel „Der Spag“.

Rudolf Valentinos neuester Film betitelt sich „Der Sohn des Scheit“, dürfte also die Fortsetzung des Valentino-Filmes „Der Scheit“ sein.

Die Universal hat die Filmrechte der Gabriele Reuter'schen Erzählung „Das Opernglas“ erworben und wird einen Film, betitelt „Drei Frauen und ein Mann“, mit Reginald Denny in der Hauptrolle herstellen.

Kunst und Wissen.

Papa (neueinstudiert im Deutschen Theater). Das Lustspiel von de Fiers und Caillavet ist hier schon bekannt. Es gehört zu jenen französischen Lustspielen, die in endloser Serie in Paris produziert werden, ihren Stoff aus der Liebe- und Halbweiltschöpfen, ihre Lebensberechtigung in den Theaterbedürfnissen der Bourgeoisie haben. Sie sind leicht, flüssig und grazios, immer noch um ein Werkliches besser als die „Lustspiele“, die man in Deutschland auf den Markt bringt, sie streifen hier und da ganz leise an ein ernstes Problem, sie tragen den leichten Duft einer Sentimentalität an sich, die beim ersten Lachen des kritischen Beschauers ihm zuvorkommt und selbst in Ironie umschlägt. Im Spielplan begrüßt man diese Ware bei weitem lieber als jene Neuheiten, die man im Laufe der Saison bisher hat. Kramers Papa, der dem Sohn die Braut abspenstig macht und mit seiner Liebenswürdigkeit, seiner Eleganz und seiner epikurisch leichten Weltanschauung Hauptperson und Träger des Stückes ist, kannte man bereits. Die Georgine Franja Freys war nicht gerade mißraten, doch aber doch gegen Kramer allzu sehr ab. Olden war zu läppischen Späßen verurteilt, S. P. Fischer als Sohn machte seine Sache sehr hübsch. Vorübergehend waren noch etliche Darstellerinnen auf der Bühne. Wenn solche Vorstellungen neben dem eigentlichen, wirklichen Theater einhergehen, könnte man sich ihrer aufrichtig freuen, als Ersatz für dieses nimmt man sie mit zwiespältigen Gefühlen hin. e. l.

Madragni gegen die Jazzmusik. Pietro Mascagni wurde in Rom von einem Vertreter der „Tribuna“ über allerlei musikalische Probleme angefragt. Unter anderem auch über seine Stellung zur Jazzmusik. Der Maestro erwiderte entrüstet: „Um Gotteswillen, sprechen Sie nicht von dieser Schandlichkeit. Man behauptet, daß die Jazzbandmusik von den Regnern zu uns gekommen sei. Das ist ein großer Irrtum, der den Regnern bitter unrecht tut. Ich selbst habe vor etwa zwanzig Jahren

Herausgeber Dr. Ludwig Czech.
Verantwortlicher Redakteur Wilhelm Riechner.
Druck: Deutsche Zeitungs-A.G., Prag.
Für den Druck verantwortlich: D. Holik.

Kleine Chronik.

Volksbegehren in Berlin.

Das Volksbegehren wird in Berlin von Tag zu Tag mehr zu einer wirklichen Volksbewegung. Das Gefühl der Tragheit ist überwunden, und merkwürdig — es waren zum guten Teil frühere Richtwähler, alte Leute, die ihre Namen nur noch zitterig schreiben konnten, die das Schwungrad durch die Macht der Zahlen in Bewegung setzten. So ist es kein Wunder, daß nach den ersten Tagen, die kaum irgendwelche Erregung brachten, mit dem ersten Sonntag des Volksbegehrens von Stunde zu Stunde die seelische Atmosphäre gespannter wird. Wer oben noch durch Propaganda erregt wurde, wird selber wieder zum Propagandisten, und so ersticht ein sportlicher Ehrgeiz, der an der Freude immer höherer Ergebnisse eine immer höhere Kraft gewinnt. Masse zieht eben Masse an, und der Erfolg reizt die Jüngeren mit und beflügelt die Langsamten. Das Bewußtsein, wie sehr es auf jeden Einzelnen ankommt, läßt jetzt die Einzelnen zu Werbemännern werden, und so findet in den proletarischen Vierteln ein Wettstreit zwischen Häusern, Straßenzügen und Bezirken statt, wer die meisten Einzelnern gebracht hat. Waren in den ersten Tagen vielerorts infolge der Sabotage kaum die Einzelnennamen zu finden, so stehen jetzt vor jedem Lokale Posten mit roten Fahnen und Plakaten, die die Passanten zur Einzelnennung mahnen und Auskunft geben. In den proletarischen Vierteln ist in jedem Haus ein Hinweisschild angebracht, der angibt, in welchem Lokal seine Bewohner sich eintragen müssen.

Der Sonntag trug die Propaganda in die Höfe. Durch Trompetensphäre wurden die Bewohner an die

eine große Zahl von Volkstänzern und Tanzweifen der Regier gesammelt, und ich kann Ihnen die Beschreibung geben, daß hier ein wahrhaft wertvolles künstlerisches Material unbewußt brachliegt. Vielleicht werde ich schließlich doch noch meine Absicht ausführen, eine Symphonie nach Original-Regemotiven zu schreiben, nur um die Musik einer Klasse zu bringen. Wenn ich eine Jazzbandkapelle mit ihrer blödsinnigen, medernden, brutalen Lärmhaherei höre, so erleide ich geradezu körperliche Qualen; wie furchtbar ist der Mann, der das Saxophon bläst und sich die erdenkliche Mühe gibt, die Laute der niedrigsten Tiergattungen nachzuahmen! Und wie stillwidrig benehmen sich die Paare, die zu dieser unqualifizierbaren Musik tanzen! Statt die unnatürlichen Bewegungen auszuführen, wie sie dieser mühsamen, vorgeblichen Regermusik entsprechen würden, gefallen sie sich darin, im nachdenklichen, topfhängerischen Leichenschritt dahinzutrotten. Je verärrter und wider sich das Orchester gebärdet, desto strenger und ernster wird das Tempo der Tänzer, die im Schritt einer Trauerparade den Saal durchschreiten. Glauben Sie mir, man wird zu Strauß zurückkehren, der gewiß kein Gedankenmusiker wie Beethoven war, der aber gewissenhaft und mit hohem künstlerischen Ernst mit seinem Pfund zu wuchern verstand, das Gott ihm verliehen hat. Mit anderen Worten, er hat stets Tanzmusik geschrieben, in der die sinnige Sehnsucht, der Liebreiz und der Farbenklang sich zu unvergleichlicher Harmonie verbinden.“

Jemlinsky in Spanien. Der Chef der Prager deutschen Oper, Alexander Jemlinsky, befindet sich zur Zeit in Spanien, wo er in Barcelona und Madrid als Gastdirigent spanischer Orchester auftritt. Die bisher absolvierten Konzerte sollen, wie gemeldet wird, Jemlinsky großen Erfolg gebracht haben.

Einmaliges Gastspiel Trajan Grofjabecku. Der Tenor Trajan Grofjabecku von der Wiener Staatsoper wird Sonntag als Rhodanes in „Aida“ ein einmaliges Gastspiel absolvieren. Da die Direktion der Berliner Staatsoper den Frau Violetta de Trozzi erteilt hat, singt die Aida Eleonora Duse. Den Amonastro singt zum erstenmale Hans Kromberg, die Amersing singt Ida Schwarz. Dirigent: Steinberg.

Morgen Lustspielpremiere „Heimliche Brautsahrt“. Morgen Sonntag gelangt im Neuen Theater das Lustspiel „Heimliche Brautsahrt“ von Leo Lenz zur Erstaufführung.

Ballettabend Grete Wiefenthal-Toni Birnmayer. Nach einer längeren Reihe von Jahren wird die berühmte Tänzerin Grete Wiefenthal, am 18. d. M. im Neuen Theater wieder einmal zu Gaste erscheinen. Ihr Partner ist diesmal der Solotänzer der Wiener Staatsoper Toni Birnmayer. Das Programm des Ballettabends wird Sonntag bekanntgegeben werden.

Spielplan des Neuen deutschen Theaters. Heute Freitag „Einen Jux will er sich machen“, Samstag „Die heimliche Brautsahrt“, Sonntag halb 3 Uhr nachm. „Mascottchen“, 7 Uhr „Aida“, Montag halb 8 Uhr abends „Das Wahl der Spötter“.

Spielplan der Kleinen Bühne. Heute Freitag abends „Pygmalion“, Samstag abends „Die Mama vom Ballett“, Sonntag 3 Uhr nachm. „Charleys Tante“, abends „Jonny's Busenfreund“, Montag „Lady Fanny und die Diensthofenfrage“.

Genossen leset u. verbreitet
den
Sozialdemokrat

Fenster gelockt, und ein Redner, ja sogar kleine Sprechchöre wiesen kurz auf die Einzelnennung hin. Eins dieser kleinen „Sprechchor-Becke“, das sich durch kostmäßigen Vortrag dem Bewußtsein einhimmert, lautete:

AD. und SPD.
Ziehen heut' an einem Strick.
Diese Einheit, Proletariat,
Bricht den Fürsten das Genick!
Armes Volk, Du lebst im Dales,
Doch die Fürsten fordern Alles
Wißt Du Dich dagegen wehren,
Trag' Dich ein zum Volksbegehren!
Auch mit einer großen Schelle wurde, ähnlich

wie in kleinen Städten, verkündet: „Es wird hiermit bekanntgemacht, daß für dieses Haus die Einzelnennung zum Volksbegehren in der Schule ... stattfindet.“ Noch nie waren die Höfe der Berliner Hinterhäuser so stark Zeugen politischer Werbung wie bei diesem Kampfe gegen die unverfälschten Forderungen der durch die Revolution weggesegneten „Höfe“. Umzüge mit Musik und Fahnen beherrschten das Straßenbild, und die Werbetafeln verkündeten das Wollen der Demonstranten. „Keinen Sprünge den Fürsten!“ „Nehmet den Fürsten, wos des Volkes ist!“ „Erwache, Volk, in heiligem Zorn! Schid Deine Rechnung hin nach Doorn!“ Die schlagfräftigste Tafel trug in bitterem Humor nur die zwei Worte: „Für Wilhelm!“ Dafür war sie aber mit Inflationsgeld besetzt und büchelweise behängt. Ohne Propaganda, die vor allem auf die betrogenen Inflationopfer wirkt, die sich ja auch in den bürgerlichen Bezirken zahlreich eintragen. Die bürgerliche Presse schweigt die Bewegung zum größten

Aus der Partei.

Böhmerwaldhilfe. Heute abends 8 Uhr im Lokale des Bildungsvereines deutscher Arbeiter. Sitzung des Hilfskomitees.

Sozialdemokratische Studentengruppe. Heute, Freitag, den 12. März, um 8 Uhr abends, findet im Hörsaal 2 des Carolinum (Eisenasse) der Portion des Gen. Dr. Emil Franzel: „Bürgerliche und proletarische Jugendbewegung“ statt. Gäste willkommen.

KINO-PROGRAMM vom 12. bis 17. März 1926:

Wran Urania-Kino
Einziges deutsches Kino Prag.
„O. alle Burschenherrlichkeit“

LIDO 110
„Graustark“ (Abentuerl. Erlebnis der Prinzess. u. 6 Teile. Hauptrolle Norma Talmadge. Der Weg hinter der Braut. Ein Lustspiel.

Wo vertehren wir?
Café Continental, Prag-Graben
Goldenes Kreuzel, Prag-Retajanta.

Gastwirtschaft „Lidový dům“
der Genossenschaft „Ganymed“
Täglich PRAG II., Ulybrnská Nr. 1.

Handwert im Hause
Handwert im Garten u. Hof
Volks-Buchhandlung
Kremic & Co.
Teplitz-Schönau, Theresienng. 18-20.

Café „Nizza“
Kgl. Weinberge, Fochova 27.
Unser Stammlokal.

DRUCK- u. VERLAGSANSTALT
Gesellschaft m. beschr. Haft.

empfehl ich den p. l. Behörden, Vereinen, Organisationen, Gemeinden und Kaufleuten zur Herstellung von Drucksorten wie: Tabellen, Büchern, Broschüren, Zeitungsbeilagen, Zirkularen, Mitgliedsbüchern, Einladungen, Plakaten, Flug-schriften, Faktionen, Briefpapieren usw. in solider und rascher Ausführung. Setzmaschinenbetrieb und Rotationsbetrieb.

IN TEPLITZ-SCHÖNAU
Tischlergasse Nr. 6

Teile ist, aber diese Bewegung hat trotzdem alle Teile der Bevölkerung erfasst, wogu die Agitation in Fabrik und Haus und auf der Straße das Ihre beigetragen hat. Schon müssen die Eintragenden infolge der nicht ausreichenden Räume über eine halbe Stunde auf „Fürsteneinteilung“ ausstehen. Die Erkenntnis wächst von Tag zu Tag mehr, daß die Stimmen laminenartig anschwollen müssen, wenn sie die Anderen mit sich fortziehen sollen. Berlin wird sich seiner stolzen Pflicht bewußt sein, daß es führend voranzugehen muß, denn seine Erregung und sein Wohlwille, seine Erfolge oder seine Laune und seine Niederlage pflanzen sich ja wellenförmig durch das Reich fort, anfeuernd oder lähmend. Wie Berlin täglich mit höchster Spannung die Resultate aus dem Reich erwartet, so harri das Reich ungeduldig der Meldungen aus Berlin. Diese starke Wechselwirkung verpflichtet beide Seiten zur höchsten Anstrengung.

Bruno Schönlanf.

Die Ausgrabungen in Pompeji. Bei den Ausgrabungen in Pompeji, und zwar an der „Straß des Ueberflusses“, wurde im Arrium eines herrschaftlichen Hauses eine Jünglingsstatue von besonderer Schönheit gefunden. Die Bronzestatue ist bis zu den Knien in den Erdboden versunken und steht noch auf der runden Sockelplatte. In der Nähe der Statue wurden neben Gegenständen von geringerem Werte auch zwei Bronzelenker aufgefunden. Der Leiter der Ausgrabungen nimmt an, daß diese Statue als Leuchterträger verwendet wurde. Es scheint, daß die Bronze aus der Zeit des Bildhauers Phidias stammt.